

Matthias Dohmen Geraubte Träume, verlorene Illusionen

Matthias Dohmen

**Geraubte Träume,
verlorene Illusionen**
Westliche und östliche Historiker
im deutschen Geschichtskrieg



NordPark Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 61

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)

durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf u. d. T.

*Der Kalte Krieg und die Geschichtswissenschaft in den 1950er- und
1960er-Jahren. Die deutsche Arbeiterbewegung des Jahres 1923 in
ausgewählten Darstellungen aus der DDR und der Bundesrepublik*

Betreuer: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek M. A.

Zweitgutachter: Prof. Dr. Horst A. Wessel

Düsseldorf, Juli 2014

Originalausgabe

2015

© Matthias Dohmen

© NordPark Verlag, Wuppertal

Gesetzt in der Minion

Herstellung: BoD, Norderstedt

Lektorat: Barbara Meynen

Zum Titelblatt siehe Seite 304

Printed in Germany

ISBN 978-3-943940-10-7

NordPark Verlag · Klingelholl 53 · D-42281 Wuppertal

www.nordpark-verlag.de

Inhalt

Die Einleitung 7

1. Kapitel

Das »Schicksalsjahr« 32

2. Kapitel

»Die Stunde Nichts« 67

3. Kapitel

Die Historiker kämpfen weiter 109

4. Kapitel

Der Streit um die »Lehren« 173

5. Kapitel

Der »kalte Geschichtskrieg« 231

6. Kapitel

Das »Ende« des Kalten Krieges oder

Das neue Nachdenken über einen Sozialismus 246

Zusammenfassende Bemerkungen 300

Anhänge

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen 334

Im Text erwähnte respektive zitierte Historiker 336

Quellen- und Literaturverzeichnis 418

Stichworte

Marxistisch/nichtmarxistisch 29

Arbeiterregierung 65

FDJ 105

Kulturbund 107

Antikommunismus 295

Einleitung

Das Buch, über das zu reden ist, eine Geschichte der Weimarer Republik in der Form von Biographien, ist vor rund zehn Jahren im Primus-Verlag, einer Gründung der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, erschienen. Ihr Autor, Friedrich-Christian Stahl, war ein renommierter Archivar und Militärhistoriker, darin nicht ungeübt, seine Worte mit Bedacht zu wählen. Gleichwohl ist in seinem Beitrag über eine der beherrschenden Gestalten des deutschen Militärs der Zwischenkriegszeit, den antidemokratischen Vordenker Hans von Seeckt, von der »verworrenen Lage« die Rede, in der sich 1923 »das Reich nach der Ruhrkrise, den Aufständen in Sachsen und Thüringen sowie der *nun* aufkeimenden völkischen Bewegung« befand¹. Friedrich-Christian Stahl, Offizier in der alten Wehrmacht und der neuen Bundeswehr, war von 1967 bis zu seiner Pensionierung 1980 Leiter des zum Bundesarchiv gehörenden Militärarchivs in Freiburg.

Nicht nur Franzosen, Belgier und natürlich die Deutschen haben Ruhrkrise und Ruhrbesetzung beschäftigt und aufgewühlt. Die rechtsnationalistische Bewegung unternahm im Herbst jenes Jahres ihre – nach dem Kapp-Putsch – zweite ernstzunehmende Generalattacke auf den demokratischen Staat, aber *Aufstände in Sachsen und Thüringen* hat es nie gegeben. Sie gehören in das Reich der Legende, und zählebig scheinen sie auch zu sein, dienten sie schließlich schon im Jahr der angeblichen Existenz dieser Insurrektionen zur Rechtfertigung einer Militäroperation gegen die von SPD und KPD gebildeten »Landesarbeiterregierungen«.

Aufstände im Sinne von bewaffneten Erhebungen, auch Unruhen haben, jedenfalls in Sachsen und Thüringen, nicht stattgefunden, sogar in Hamburg nur in einem sehr eingeschränkten Sinne. Gleichwohl schrieb noch 2006 Ulrich Kluge über »kommunistisch gesteuerte Unruhen in Sachsen und Thüringen«. Sie nämlich »boten den Demokratiegegnern in Bayern einen willkommenen Anlass, gegen die Reichsregierung mobil zu machen«². Bemerkenswert an dieser Veröffentlichung, die mehr als 90 Jahre nach den Ereignissen erschien, ist, dass

¹ Friedrich-Christian Stahl, Hans von Seeckt, in: Michael Fröhlich (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt: Primus 2002, S. 85-95, hier S. 92. Hervorhebung nicht im Original.

² Ulrich Kluge, Die Weimarer Republik, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2006, S. 78.

die »Unruhen« jetzt schon als Rechtfertigung der völkischen Mobilisierung dienen beziehungsweise *wahrgenommen* werden.

Lehren aus der Geschichte gezogen

Überhaupt: Wie wurden die Vorgänge des Jahres 1923, das von der französischen Ruhrbesetzung, einer Inflation ungekannten Ausmaßes, einer handfesten politisch-parlamentarischen Krise und einer allgemeinen Verunsicherung, schließlich einer neuen Situation für die Arbeiterbewegung des jungen demokratischen Staates geprägt war, wie also wurden diese Vorgänge in den beiden deutschen Staaten während der 1950er- und 1960er-Jahre historiographisch aufgearbeitet? Dienten sie nicht in erster Linie als Demonstrationsobjekt dafür, wie – in dem einen Fall – glorios die DDR aus der Geschichte gelernt hatte oder – die konkurrierende Version – wie verhängnisvoll ein in letzter Instanz auf sozialistische Veränderung zielendes Zusammengehen von SPD und KPD sein musste?

Was den Historikern, die, wie wir sehen werden, in einer langen und nur eingeschränkt gebrochenen, dann zur Disposition stehenden und schließlich wieder auflebenden Tradition der 1950er- und 1960er-Jahre stehen, Recht ist und was wir, *pars pro toto*, an einem Verdikt von Friedrich-Christian Stahl exemplifiziert haben, das ist den publizistischen Leitmedien wie dem »Spiegel« billig. In der Rubrik »Eines Tages« der Onlineausgabe des Hamburger Nachrichtenmagazins hieß es im September 2013: »Ein Land im Wahn: Im Herbst 1923 schien die Weimarer Republik am Ende«. Ereignisse, die zehn Jahre später erfolgen sollten, kühn vorausnehmend, hieß es wörtlich: »Aufgepeitscht von den Sorgen des Alltags marodierten Kommunisten und Rechtsradikale durch die Straßen der Großstädte und lieferten sich Straßenschlachten.« Und zwei Sätze weiter: »Kommunisten und Rechtsradikale« (ein offenbar feststehender Topos, den die Leser sich merken sollen) »witterten angesichts der aufgepeitschten Stimmung ihre Chance, die verhasste Republik ein für alle Mal aus dem Weg zu schaffen«³.

Um Versuche, historische Vorgänge für politische Aussagen zu instrumentalisieren, zu beschreiben, hat sich in den letzten Jahren der Begriff »Ge-

³ www.spiegel.de/einestages/notstand-in-bayern-1923-a-951270.html <29.4.2014>. Das in spitze Klammern gesetzte Datum bezeichnet den Tag, an dem letztmalig die entsprechende Internetseite aufgerufen wurde.

schichtspolitik« durchgesetzt. Dann dient die Geschichte »als Steinbruch für höchst unterschiedliche Zwecke«, wie Klaus Schönhoven schreibt⁴. Das gilt in herausragender Weise für die Historiographie der DDR hinsichtlich ihrer Erträge zur Weimarer Republik, aber auch für die Historiographie in der (alten) Bundesrepublik. Sie gegenüberzustellen bedeutet nicht, sie gleichzusetzen: Der Mannheimer Emeritus hat zweifellos Recht, wenn er feststellt, »dass in pluralistischen Gesellschaften immer verschiedene Geschichtsdeutungen miteinander konkurrieren«⁵, was hinwiederum nicht bedeuten muss, dass es in Bezug auf bestimmte Fragen und bestimmte Zeiten keinen *main stream* der Aussagen gibt, also etwa in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre zu den Ereignissen des »Schicksalsjahres« 1923⁶.

Als »Meistererzählung« der DDR kann Wilhelm Ersils 1963 erschienene Untersuchung zum »Sturz« der Regierung Cuno im August 1923 gelten. Der ihm vorangehende Generalstreik fand »insgesamt gesehen bislang noch nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit und detaillierte Beleuchtung«, heißt es in der Einleitung⁷. Das, was in den 1920er Jahren geschah, lässt der Autor mit eschatologischer Zwangsläufigkeit auf die DDR zulaufen. Er beruft sich auf größere Zusammenhänge und zitiert aus dem Programm der SED: »Die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft stellen der deutschen Arbeiterklasse die geschichtliche Aufgabe, im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten in Deutschland die kapitalistische Ausbeuterherrschaft für immer zu beseitigen und den Sozialismus zum Sieg zu führen«⁸. Historiographie hat hier den Zweck nachzuweisen, dass die KPD unentwegt an der Spitze dieses »Kampfes« stand.

Zu dieser Strategie der Darstellung gehört auch eine scharfe Frontstellung gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und deren »verräterische Spaltungspolitik«⁹. Schließlich und endlich vermitteln die historischen Vorgänge angeblich unverzichtbare Erkenntnisse für die Auseinandersetzung zwischen Ost und West und sogar noch für den »Kampf« in der Bundesrepublik, und zwar,

⁴ Klaus Schönhoven, *Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung*, Bonn: Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung 2003, S. 4.

⁵ Ebda., S. 7.

⁶ So bei Waldemar Besson 1963: »Das Jahr 1923, so hat man gesagt, sei das Schicksalsjahr der Republik gewesen.« (Siehe: Waldemar Besson, *Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze*, Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main: Musterschmidt 1963, S. 85.)

⁷ Wilhelm Ersil, *Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland*, Berlin: Dietz 1963, S. 9.

⁸ Ebda., S. 5 f.

⁹ Ebda., S. 7.

weil »das Studium dieser Massenbewegung wichtige Lehren für das gegenwärtige Ringen um die Lösung der nationalen und sozialen Frage des deutschen Volkes vermittelt«¹⁰. Daran anschließend heißt es bei Ersil: »Die damals gemachten Kampferfahrungen sind noch heute bedeutsam und geben wichtige Hinweise, wie der Kampf um die Einigung der verschiedenen Abteilungen des Proletariats und um demokratische Zustände in Westdeutschland geführt werden muss.«¹¹

Wehler: »Unter den Trümmern der verblichenen DDR«

Die Darstellung Ersils entsprach zweifellos den Vorgaben der SED, von Zentralkomitee und Apparat der Partei sowie der DDR-Historikergesellschaft. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Ergebnisse der ostdeutschen Geschichtsschreibung in Bausch und Bogen inkriminierungswürdig, verdammenswert und ohne Belang wären, wie es Hans-Ulrich Wehler suggerieren möchte, der noch zu Beginn dieses Jahrhunderts schrieb, über die Entwicklung in Ostdeutschland brauche man »nur wenige Worte zu verlieren, da unter den Trümmern der verblichenen DDR auch der Großteil ihrer Historiographie endgültig begraben« sei – bei der »mit riesigem Aufwand betriebenen Forschung zur Arbeiterbewegung« handle es sich »fast ausschließlich um eine pseudowissenschaftliche Hagiographie«¹². Ilko-Sascha Kowalczuk ging noch weiter. In seinem Rückblick auf die DDR-Historiographie behauptete er: »Es gibt nur wenig zu bewahren. Die DDR-Geschichtswissenschaft ist eine historische Fußnote«¹³. Derartige pauschale Dicta verkennen, dass sich – in unterschiedlichem Maße – die Geschichtsschreibungen im Westen und im Osten Deutschlands, wie zu zeigen sein wird, gegenseitig beeinflusst haben. In einem Auf und Ab: Zeitweise nahm man im Westen die Ergebnisse der DDR-Historiographie nicht zur Kenntnis, zumal die Geschichte der Arbeiterbewegung nie ein Herzstück der Forschungen in München und Bonn, Berlin (Westberlin) und Köln war. Der ostdeutsche sozi-

¹⁰ Ebda., S. 9.

¹¹ Ebda.

¹² Hans-Ulrich Wehler, *Historisches Denken am Ende des 20. Jahrhunderts. 1945-2000*, Göttingen: Wallstein 2001 (= *Essener Kulturwissenschaftliche Vorträge*, 11), S. 43.

¹³ Eine Fußnote? Irgendeine Fußnote? Nein, »[...] eine historische Fußnote, über die es auch in Zukunft lohnen wird, zu forschen und Bücher zu schreiben«. Ilko-Sascha Kowalczuk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front – Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin: Links 1997 (= *Forschungen zur DDR-Geschichte*), S. 348. Es handelt sich um den letzten Satz des Buches.

alistische Staat »rächte sich« durch die pauschale Diskreditierung der westlichen Wissenschaftler als »NATO-Historiker«.

Es ist die Sicht des Kalten Krieges, die an diesem Punkt durchschlägt, dessen Ende zwar allgemein mit dem Jahr 1989 oder auch 1990 datiert wird, der jedoch offensichtlich fortwirkt. Auch insofern, als eine Reihe maßgeblicher Historiker und Kulturwissenschaftler überzeugt ist, die DDR, ihre Wissenschaftler und Künstler hätten nichts von Wert hinterlassen.

Wehler und sein Verdammungsurteil über die historiographische Literatur der DDR wurden bereits angeführt. Bei Romanen und Erzählungen, Gedichten und Novellen soll es nicht anders gewesen sein. Jüngst erschien eine Untersuchung von Werner Fuld, dessen Erscheinen von einem lebhaften Echo begleitet war. So beschäftigte sich das Deutschlandradio ausführlich mit dem Autor, und die »Süddeutsche Zeitung« bedachte das Werk mit einer ausführlichen Kritik¹⁴.

Befragt, ob nicht doch »die Stücke von Heiner Müller, die Romane von Christa Wolf, die Bücher von Franz Fühmann, die Gedichtbände von Sarah Kirsch« Literatur seien, sagte der studierte Literatur- und Kunsthistoriker – vor allem Walter-Benjamin-Kenner –, der für die FAZ und die »Zeit« gearbeitet hat: »Die Zensur, durch die diese Texte gegangen sind, bringt eine ganz bestimmte Art von Literatur hervor, und die ist nicht vergleichbar mit der Literatur, die zur gleichen Zeit in anderen westeuropäischen Ländern erschienen ist. Sie ist eindimensional und sie kann natürlich ganz bestimmte Probleme nicht behandeln, und sie kann ganz bestimmte Formen nicht annehmen.«

Deswegen verdiene sie nicht den Namen Literatur. Auf die Autorin des »Geteilten Himmels« angesprochen, lautete sein Urteil kategorisch: »Ich kenne überhaupt keinen, der heute noch Christa Wolf oder was ähnliches liest.« In der »Süddeutschen Zeitung« las man im Rahmen einer durchaus würdigenden Kritik, im Kapitel über die Zensur in der DDR verliere der Autor »völlig die Kontenance«.

Bürgertum und Bürgerliches, selbstbewusste Kirchenmänner und -frauen, kritische Regungen in den so genannten Blockparteien der DDR: Das hat es nicht gegeben, oder es wird nicht zur Kenntnis genommen. In einer bitteren Bilanz hat der 2009 verstorbene Kirchenhistoriker, Hochschullehrer, Journalist und CDU-Politiker Günther Wirth folgende Bilanz gezogen: »Da gab es nur die

¹⁴ Werner Fuld, Das Buch der verbotenen Bücher. Universalgeschichte der Verfolgten und Verfemten von der Antike bis heute, Berlin: Galiani 2012. – Die Rezension in der »Süddeutschen« aus der Feder von Jörg Magenau erschien am 10.5.2012 auf S. 14. Das Gespräch des Journalisten Frank Meyer wurde in DLF/Kultur am 19.4.2012 gesendet und steht im Internet unter www.dradio.de/dkultur/sendungen/kritik/1737604 <7.1.2013>. Die folgenden Zitate sind diesem Interview und der angeführten Buchbesprechung entnommen.

Nacht über der DDR, in der alle Katzen grau sind, und das heißt, dass jegliche soziale, weltanschauliche und (eingegrenzt) politische Differenzierung der Bevölkerung der DDR außen vor blieb.«

Wirth spricht ausdrücklich von der Zeit *nach* der deutschen Wiedervereinigung. »Nach diesem Welt- und Geschichtsbild gab es nur die diktatorisch Herrschenden und die Unterdrückten, dazwischen höchstens Dissidenten, und weder die einen noch die anderen wurden nach ihren Profilen und Signaturen untersucht.« Grotteskerweise deckte sich dieses Bild mit dem der »Herrschenden in der DDR – nur gleichsam seitenverkehrt«¹⁵.

»Unsere ehemaligen Brüder und Schwestern«

Ohne großes Federlesen wird der SED-Führung ex post das von ihr seinerzeit wortgewaltig beschworene Monopol auf sozialistisches Denken zuerkannt. Ignoriert werden dabei beachtenswerte und – in der Tradition von Diskussionen in der Novemberrevolution und den Jahren bis 1923 stehende – Sozialismuskonzeptionen sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit als auch während des Kalten Krieges, für die DDR-seitig die Namen Klaus-Peter Hertzsch, Rudolf Schottlaender und Gert Wendelborn stehen sollen. Wurden sie bis 1990 noch von einem kleinen Teil der Öffentlichkeit wahrgenommen und waren sie in beiden deutschen Staaten publizistisch tätig, scheinen sie nun aus der Zeit gefallen.

Gab es in den 1970er und den 1980er Jahren sowohl in der Historiographie als auch in der Politik deutliche Bestrebungen, sich mit der DDR kritisch-konstruktiv auseinanderzusetzen, scheint dies im Nachhinein überflüssig und obsolet geworden zu sein. So spricht der in der deutschen Hauptstadt angesiedelte renommierte Verlag Wolf Jobst Siedler im vorderen Klappentext eines auch im Osten Deutschlands vertriebenen Buchs von Lothar Steinbach betulich-herablassend von »unseren ehemaligen Brüdern und Schwestern«¹⁶.

Ein kompetenter Kenner der sächsischen SPD, der Zeithistoriker Karsten Rudolph, hat sich kürzlich über eine deutsch-deutsche Zeitgeschichtsschreibung

¹⁵ Günther Wirth, *Bürgertum und Bürgerliches in SBZ und DDR. Studien aus dem Nachlaß*, Berlin: epubli 2011, S. 7. Er fährt fort: »Darnach waren die einen die Sieger der Geschichte [...]«, ebda.

¹⁶ Lothar Steinbach, *Bevor der Westen war. Ein deutsch-deutscher Geschichtsdiallog*, Berlin: Siedler 2006. Der Autor (nicht sein Verleger) spricht auf S. 22 polemisch vom »schneidenden Tonfall westdeutschen Dünkels« der DDR-Historiographie gegenüber.

beklagt, »welche die Systemauseinandersetzung nicht selten in die gemeinsame Vergangenheit hinein verlängerte«¹⁷.

Die »Erfindung« des demokratischen Sozialismus in Mitteldeutschland

Nämlich die gemeinsame *mitteldeutsche* Vergangenheit: Die sozialdemokratischen Landesregierungen Sachsens und Thüringens hingen in den 1920er Jahren Vorstellungen an, »die später unter dem Begriff ›Demokratischer Sozialismus‹ lose zusammengefasst wurden«¹⁸.

»Das Jahr 1922 wurde in Thüringen zum Jahr der großen Reformen. Ihr Kernstück war die Schulreform des Volksbildungsministers Max Greil (USPD). Sie zielte auf die Entkirchlichung, Republikanisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens und erstrebte die Aufhebung der krassen sozialen Trennung im Bildungswesen.« Erstmals in Deutschland »wurde die Ausbildung der Volksschullehrer universitär geregelt, die Prügelstrafe verboten, der Einfluss der Kirche in der Schule zurückgedrängt«. Neue Lehrbücher und Lehrpläne sollten »den Einfluss der Arbeiterschaft zur Geltung bringen«, umreißt Steffen Kachel in seiner 2011 erschienenen Untersuchung das einem demokratischen Sozialismus verpflichtete Programm¹⁹.

Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer sollten – für Theodor Litt ein rotes Tuch – an die Universitäten: »Eine ›Schulreform‹ – schrieb der 1923 nach Jena berufene Psychologe Wilhelm Peters 1921 – stehe und falle mit einer ›Reform der Lehrerbildung‹.« »Beides – Schulreform und Neuordnung der Lehrerbildung – entsprach den Forderungen der damaligen ›Einheitsschulbewegung‹, die ihre Hoffnungen vor allem auf Thüringen und Sachsen richtete.«²⁰

¹⁷ Karsten Rudolph, Linke Republikaner als streitbare Demokraten – Gedanken zur mitteldeutschen Geschichte. Erich Zeigner, die SPD und der »deutsche Oktober«, in: Bernhard H. Bayerlein/Leonid G. Babičenko/Fridrich I. Firsov/Alexandr Ju. Vatlin (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin: Aufbau 2003 (= Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, 3), S. 65.

¹⁸ Beate Häupel, Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918-1923, Weimar/Köln/Wien: Böhlau 1995, S. 118, zit. nach: Karsten Rudolph, Linke Republikaner (Anm. 17), S. 72.

¹⁹ Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? – Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2011 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe, 29), S. 162.

²⁰ Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850-1995. Hrsgg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/

Von den beiden mitteldeutschen Ländern, die in der Zeit der DDR einer groß angelegten Länder- und Kommunalreform zum Opfer fielen, gingen wichtige Impulse für ganz Deutschland aus: »Die Greilsche Schulreform in Thüringen oder die sächsische Reform der Gemeindeverfassung besaßen für die sozialdemokratische Politik in der ganzen Republik Vorbildcharakter und zogen linksrepublikanische Reformpolitiker aus dem ganzen Reich an.«²¹ Dahinter stand die Absicht, »die 1919 steckengebliebene Revolution unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie im Landesmaßstab gleichsam nachzuholen« – der sozialdemokratischen Führungsgruppe in Sachsen und Thüringen ging es darum, »die Republik in ihrer schweren sozialen und politischen Nachkriegskrise energisch gegen ihre Feinde von rechts mit dem Versuch zu verteidigen, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überbrücken«²².

Vor allem die – oftmals vorschnell als paramilitärisch beschriebenen – Proletarischen Hundertschaften sind in der im Kalten Krieg produzierten Literatur, aber auch bis in die jüngste Zeit als sinnfälliger Beweis für die problematische Stellung Sachsens und Thüringens im Verfassungsgefüge der Weimarer Republik angeführt worden. Sie entstanden jedoch aus der Befürchtung heraus, dass rechtsradikale und völkische Kräfte von Bayern aus – wie in den Tagen des Kapp-Putsches von Berlin aus – die Republik aufrollen könnten.

Klagen über gefährliche Umtriebe der Freikorps finden sich überreichlich etwa im Nachlass des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing. So hat die Regierung in Dresden in einem Schreiben vom 4. Januar 1923 an die Reichsregierung über die »zweideutige Haltung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes in Bezug auf die Selbstschutzorganisationen und des Versteckens von Waffen hingewiesen und dringend um Abstellung gebeten«²³. Nachdrücklich, aber ohne Ergebnis.

Im »Scharnierjahr« 1923 vertrat die sächsische Regierung den Standpunkt, den sie mehrfach gegenüber dem Reichspräsidenten artikulierte, dass die Proletarischen Hundertschaften dann überflüssig würden, wenn die Weimarer Regierung die »rechtsradikalen Angriffsformationen« auflöse. Das Gewaltmonopol blieb

Wien: Böhlau 2009, S. 320.

²¹ Karsten Rudolph, Linke Republikaner (Anm. 17), S. 72.

²² Ebda., S. 72 f.

²³ In dem Dokument wird auch die preußische Haltung problematisiert. Das Wort »Waffen« ist mit einem dicken Rotstift markiert. Siehe: Friedrich-Ebert-Stiftung/Archiv der sozialen Demokratie (Bonn), Nachlass Severing, Mappe 225.

eindeutig beim Staat, mochten dies Politiker der KPD auch anders sehen oder wünschen²⁴.

Den Hundertschaften, die man durchaus als Vorläufer auch des SPD-dominierten Republikenschutzverbandes Reichsbanner sehen kann²⁵, kam eher eine ordnungsstabilisierende Rolle zu, was jedoch Historiker in Ost und West nicht hinderte, ihnen entweder einen Glorienschein umzuhängen oder sie als Schreckgespenst zu benutzen: »Auf dem platten Land, insbesondere in Ostsachsen, fungierten die von der DDR-Historiographie mythologisierten, zu Vorläufern der Betriebskampfgruppen stilisierten, von der westdeutschen Geschichtsschreibung dagegen dämonisierten ›roten Arbeiterwehren‹ als Ordnungsdienst, der hemmungslose Flur- und Felddiebstähle unterband.«²⁶

Den »Beweis« für die Bedrohung der Weimarer Demokratie durch die KPD sehen sowohl zeitgenössische wie Nachkriegshistoriker im so genannten Hamburger Aufstand, der in der DDR-Historiographie ein wechselndes Schicksal durchlief und dessen Planung wie sein Ablauf heute als weitgehend geklärt betrachtet werden können. Es soll in dieser Arbeit untersucht werden, wie an diesem Punkt glorifiziert und missdeutet worden ist respektive *bis in die jüngste Zeit* glorifiziert und missdeutet wird.

²⁴ Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1995 (= Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, 1), S. 356 f.

²⁵ Für die SPD waren die Proletarischen Hundertschaften eine »bewaffnete Hilfspolizei« für den Fall eines bayerischen Einmarschs: »Diese rein defensiven Maßnahmen wurden von der bürgerlichen Rechten und der Reichswehr als Beweis angesehen, dass die sächsischen Sozialdemokraten völlig ins Fahrwasser der Kommunisten geraten waren.« Siehe: Carsten Voigt, Kampfverbände der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924-1933, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 1995 (= Geschichte und Politik in Sachsen, 26), S. 56.

²⁶ Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie (Anm. 24), S. 356. Ähnliches gilt für die Kontrollausschüsse, die sogar eine noch im Kaiserreich geschaffene Einrichtung bildeten. Ebda., S. 348. – Kontrollausschüsse wie Hundertschaften »standen voll im Einklang mit der Verfassung, denn sie erhielten ja keinerlei polizeiliche Funktionen, sondern beschränkten sich darauf, besondere Hilfsorgane der Arbeiterbewegung zu sein«, heißt es in einer zeitgenössischen Darstellung des nachmaligen Chefredakteurs der »Gewerkschaftlichen Monatshefte«. Siehe: Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930, Löbau: Ostsachsen-Druckerei (photomechanischer Nachdruck: Berlin: Die Arbeitswelt 1972), S. 133.

»Ihr verstorbener Freund Friedrich Ebert«

Die »Reichsexekution« im Herbst 1923, eine von der Reichswehrführung um den General von Seeckt, der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemanns und dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert vorbereitete und getragene Aktion, ist in der – bereits angerissenen – historiographischen Bewertung bis auf den heutigen Tag umstritten geblieben.

Die bitterste Bewertung stammt von Otto Braun, der in der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung von Anfang an ein »gefährliches Präjudiz« sah, das »für die Zukunft verhängnisvoll werden könnte«²⁷ – und auch geworden ist: »Es war bitter für mich, dass ich im Spätsommer 1932 nach der Reichsexekution gegen die preußische Regierung aus dem Munde Hindenburgs die Bestätigung der Richtigkeit meiner damaligen Auffassung vernehmen musste. ›Was wollen Sie«, meinte er, ›Ihr verstorbener Freund Ebert ist ja seinerzeit gegen die sächsische Regierung viel schärfer vorgegangen als ich.«²⁸ So musste die Anwendung des Notstandsparagraphen durch den sozialdemokratischen Präsidenten als Feigenblatt für den »Preußenschlag« erhalten.

Als bundesdeutsche »Meistererzählung« der Ereignisse des Jahres 1923 darf Otto Wenzels Dissertation von 1955 angesehen werden, die zur Zeit ihrer Entstehung aufgrund einer Intervention des Marburger Historikers Wolfgang Abendroth nicht veröffentlicht wurde und erst ein halbes Jahrhundert später von Manfred Wilke, der auch die Einleitung zur neuen Publikation schrieb, durch die Aufnahme in die Reihe »Diktatur und Widerstand« geadelt wurde²⁹.

²⁷ Otto Braun, Von Weimar zu Hitler. New York: Europa-Verlag ²1940, S. 133. »Mein Freund Ebert, dem ich das im Privatgespräch vorhielt, wollte das nicht gelten lassen.« Ebda.

²⁸ Ebda.

²⁹ Otto Wenzel, 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster: Lit-Verlag 2003 (= Diktatur und Widerstand, 7). Die Dissertation trug ursprünglich den Titel »Die Kommunistische Partei Deutschlands 1923«. – In der genannten Reihe sind (Stand: März 2014) unter anderen folgende Werke erschienen: Kimmo Elo, Die Systemkrise eines totalitären Herrschaftssystems und ihre Folgen. Eine aktualisierte Totalitarismustheorie am Beispiel der Systemkrise in der DDR 1953, Münster/Hamburg 2005; Manfred Wilke, Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953, Münster/Hamburg 2004; Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? – DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß, Münster/Hamburg 2004; und Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluß der SED und ihrer Westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«, Münster-Hamburg 2003. Siehe: fu-berlin.de/sites/fsed/veroeffentlichungen/reihen/diktaturundwiderstand/index.html <30.4.2014>.

Wenzel, 1946 in die KPD beziehungsweise SED eingetreten, 1951 dann geflohen, habe, schreibt sein späterer Mentor, aus seiner »Lebenserfahrung« den »methodischen Ansatz für seine Dissertation« gewählt, die Wilke dann so zusammenfasst: »Wann begann die Fernsteuerung der KPD durch die Moskauer Zentrale? Für die Beantwortung dieser Frage bot sich das Jahr 1923 geradezu an, als die KPD sich auf dem Weg zur Macht wähnte«³⁰. Zu welchen Ergebnissen Wenzel kam und wie seine Bewertungen vor der Folie des Kalten Krieges gesehen werden können, wird noch zu zeigen sein. So wie für die DDR das Jahr 1923 eine Art missglückte Premiere war, geriet es der Historiographie des Kalten Krieges zum Schreckgespenst einer kommunistischen oder gar sozialistisch-kommunistischen Revolution. Argumentationsmuster der Adenauer-Zeit kühn auf die Weimarer Republik übertragend, sprach Wenzel über die »Verfassungsfeindlichkeit« der KPD³¹.

Unterschiedliche Rahmenbedingungen

Selbstverständlich gab es unterschiedliche Arbeitssituationen für Historiker der DDR und der Bundesrepublik, und sie waren vor allem in der DDR um so problematischer, je politiknäher die Themen lagen. Die SED achtete argwöhnisch darauf, dass »ihre« Politik, »ihre« Geschichte und »ihre« Traditionslinien »klassenmäßig« dargestellt wurden. Diese Herangehensweise hat viel dazu beigetragen, dass die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft im Osten Deutschlands westlich der Elbe wenn überhaupt, dann oft mit großen Vorbehalten entgegengenommen wurden.

Doch stieß auch in der DDR manches Werk aus dem Westen auf massive Vorbehalte. Die mit dem Beginn des Kalten Krieges aufkommende Gleichstellung von sozialistischer DDR und Drittem Reich löste bei vielen ostdeutschen Wissenschaftlern Verbitterung aus³².

³⁰ Ebda., S. 2.

³¹ »Da die Partei 1919 mehrere Monate unterdrückt gewesen war und wegen ihrer verfassungsfeindlichen Tätigkeit jederzeit mit einem erneuten Verbot rechnen musste [...]«, ebda., S. 27.

³² Das setzte sich nach der Wende fort – oder nahm sogar einen kolossalen Aufschwung. Die Rolle der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist dabei nicht zu unterschätzen. So schrieb Petzold sieben Jahre nach dem Ende der DDR: »Das Hauptthema der vornehmlich durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Stiftung Volkswagenwerk finanzierten zeithistorischen Forschung in den neuen Bundesländern sollte sein, Vergleiche zwischen dem NS-Regime und der DDR anzustellen. Das behinderte selbstkritische Reflexionen ehemaliger DDR-Historiker ungemein. Sie

Sie verstanden sich zu weiten Teilen als eine Generation, die von den Nationalsozialisten vertrieben und 1945 nach Deutschland zurückgekehrt war. In eigener Sache sprechend, hat der Faschismusexperte und 1990 als Lehrstuhlinhaber »abgewickelte« Kurt Pätzold festgestellt, dass »die Historiographie des deutschen antifaschistischen Exils bei der Konstituierung der Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik eine Rolle spielte, mehr noch: eine ihrer Wurzeln darstellte«³³.

Dort erschien in den 1950er und 1960er Jahren – oft aus der Feder sehr prominenter Historiker – eine ganze Reihe von Monographien zur Geschichte des Jahres 1923, darunter Werke von Wilhelm Ersil, Heinz Habedank, Günter Hortzschansky, Heinz Köller, Hans-Joachim Krusch und Manfred Uhlemann sowie, größere Zeiträume ins Auge fassend, Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge, aber auch die gegen Ende unseres originären Beobachtungszeitraums erschienene achtbändige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« samt ihren begleitenden (überaus dienlichen) Veröffentlichungen wie »Dokumente und Materialien«, »Biographisches Lexikon« und »Chronik«.

Als »typisch« für die einschlägige DDR-Historiographie mag die Arbeit »Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923« gelten: Kapitalismus und Anbindung an die USA seien zum Schaden, Freundschaft zur UdSSR zum Nutzen des gesamten deutschen Volkes, und die DDR sei die Verkörperung aller guten deutschen Traditionen, schließlich: die KPD setzt infolge ihrer »wissenschaftlichen Weltanschauung« die richtige Politik um ... im Unterschied zur SPD.

In seinen zusammenfassenden Schlussbemerkungen schreibt der hochdekorierte und am Institut für Marxismus-Leninismus tätige Hortzschansky, die

waren ihrem Selbstverständnis nach von antifaschistischen Positionen ausgegangen und hatten auch durchweg der Totalitarismustheorie widersprochen.« Siehe: Joachim Petzold, Politischer Auftrag und wissenschaftliche Verantwortung von Historikern in der DDR, in: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1580), S. 94-112, hier S. 96 f.

³³ Kurt Pätzold, Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Retrospektive – ein Diskussionsbeitrag, in: Gustavo Corni (Hrsg.), Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, Leipzig: AVA 1996, S. 187-203, hier S. 188. Und weiter, S. 191: »Die Wissenschaftler, die sich gegen Ende der fünfziger Jahre zu jener Gruppe zu formieren begannen, die im eigentlichen Sinne und auf die frühen Wegbereiter folgend als Historikerschaft der DDR zu bezeichnen sind, wollten das nachfaschistische Deutschland mitgestalten, und das stellten sie sich als sozialistische Gesellschaft vor. Die geschichtliche Tendenz [...] im westdeutschen Staat [...] galt ihnen als eine Fehlentwicklung und mit der Herausbildung des Kalten Krieges auch als eine Bedrohung [...].«

Ereignisse des Jahres 1923 lehrten³⁴, »dass die Politik der ›Westorientierung‹, die Orientierung auf die imperialistischen Westmächte, nicht den Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Nation entspricht«³⁵. Die Politik der »reformistischen Führer der SPD« habe eine einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse verhindert: »Aus dem Verrat der rechtsopportunistischen Führer der SPD und der Gewerkschaften, aus ihrem Verzicht auf den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus erwuchs ihr Verrat an der Nation.«³⁶

Die Geschichte lehre, »dass die deutsche Arbeiterklasse unter der Führung der KPD am konsequentesten die Interessen der deutschen Nation vertrat«³⁷. Und: Notwendig sei die Bändigung des BRD-Imperialismus und -Militarismus: »Gleichzeitig werden in diesem Ringen die Grundlagen für die friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage geschaffen.«³⁸

Bezeichnend ist das Schicksal einer Veröffentlichung von Heinz Habedank, der bei der Darstellung des Hamburger Aufstands, statt lediglich die Aussagen von Ernst Thälmann bis zu den Autoritäten der SED-Oberen zu illustrieren, »nicht benutzte Archivalien durchgesehen und Teilnehmer des damaligen Aufstands befragt« sowie den Überhistoriker Walter Ulbricht, ohne ihn beim Namen zu nennen, kritisiert hatte. Das Buch wurde in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« zuerst positiv bewertet, unmittelbar danach jedoch in einer sowjetischen Publikation verrissen, die 2. Auflage daraufhin eingezogen³⁹.

SPD, quo vadis?

SPD, quo vadis? Die Partei tritt uns immer wieder als einer der Hauptakteure entgegen: Am Beginn und am Ende der Weimarer Republik, vor allem aber – auf zwei Schultern tragend – im Jahr 1923, bei der Konstituierung des west- wie

³⁴ Ein Schlüsselwort von den 1920er Jahren bis 1990: Ständig wurden und werden »Lehren« gezogen, vermittelt und angewendet. Vielfach werden wir auf sie stoßen.

³⁵ Promotion 1958 beim Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Günter Hortschansky, Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923, Berlin: Dietz 1961, S. 293.

³⁶ Ebda., S. 294.

³⁷ Ebda., S. 295.

³⁸ Ebda., S. 298.

³⁹ Martin Sabrow, Der staatssozialistische Geschichtsdiskurs im Spiel seiner Gutachterpraxis, in: ders. (Hrsg.), Verwaltete Vergangenheit. Geschichtsdiskurs und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig: AVA 1997, S. 35-65, hier S. 42 f., beleuchtet auch den weiteren Gang der Ereignisse, in die auch Albert Schreiner eingriff, ebda., S. 44.

des ostdeutschen Staates, zum Start, auf dem Höhepunkt und am vorgeblichen Ende des Kalten Krieges. Für die erste deutsche Demokratie hat Heinrich August Winkler das »Dilemma« der SPD so beschrieben, dass sie »immer wieder« vor der Frage gestanden habe, »welchem Prinzip sie den Vorrang geben sollte: der Verpflichtung gegenüber dem wesentlich von ihr geschaffenen Staat oder der Bindung an die eigene ›Basis«⁴⁰. Aber hat Winkler mit dieser Gegenüberstellung Recht? War denn dieser Staat schon so beschaffen, wie er von Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert beschrieben worden war? Winkler: »Was es großen Teilen der Parteimitgliedschaft schwer machte, sich im Staat von Weimar wiederzuerkennen, hing aufs engste mit dem Ausgang der Revolution von 1918/19 zusammen: Sie hatte nicht das gebracht, was sich die Arbeiterschaft erhofft hatte.«⁴¹ »Und nicht nur die Kommunisten warfen der Sozialdemokratie vor, ihre ›Koalitionspolitik‹ sei Verrat am proletarischen Klasseninteresse; auch der linke Flügel der SPD, der nach der Wiedervereinigung im September 1922 wieder erstarkt war, hielt die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien in jedem Fall für bedenklich«⁴².

Denn wo suchte und fand Gustav Stresemanns DVP ihren Platz im Weimarer Gefüge? Mitnichten verteidigte sie in ihrer Gesamtheit den Weimarer Staat. »Der zeitweilige Koalitionspartner der SPD, die Deutsche Volkspartei, stand keineswegs fest auf dem Boden des parlamentarischen Systems: Im Herbst 1923 arbeitete ihr von schwerindustriellen Interessen beherrschter rechter Flügel darauf hin, die Demokratie durch eine auf die Reichswehr gestützte ›nationale Diktatur‹ abzulösen.«⁴³ À la longue: Welche wichtige politische Kraft sah die Weimarer Republik nicht als vorübergehend an?

Zur Politik der Arbeiterparteien jener Jahre gibt es einen riesigen Bestand an Literatur und an Quellenveröffentlichungen, die infolge des ungebremsst wachsenden Angebots im Internet, das nicht immer wissenschaftlichen Ansprüchen

⁴⁰ Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts)*, Berlin: Dietz ²1985, S. 12.

⁴¹ Ebda.

⁴² Ebda., S. 12 f.

⁴³ Ebda., S. 12. Und taucht diese schwerindustrielle Großwirtschaft nicht zehn Jahre später wieder auf? »Nicht nur die marxistisch-leninistische Forschung, sondern ein nicht geringer Teil der westlichen Historiographie vertritt seit langem die Ansicht, dass die Großindustrie einen entscheidenden Anteil am Aufstieg Hitlers zur Macht gehabt habe.« Siehe den Aufsatz von Wolfgang J. Mommsen in einem von Heinrich August Winkler mitherausgegebenen Werk: Wolfgang J. Mommsen, 1933: *Die Flucht in den Führerstaat*, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1990*, Frankfurt am Main: Fischer 1994 (= Fischer-Taschenbücher Geschichte, 12234), S. 127-158, hier S. 143.

genügt, ins quasi Unermessliche steigt. Nun ist der Reflex der Entscheidungen des Jahres 1923 in den historiographischen Arbeiten der Zeit des Kalten Krieges, die insofern zur *Quelle* werden, Thema der hier vorgelegten Arbeit. Gleichwohl, und um auch einen Blick hinter die Kulissen des Gedruckten zu werfen, hat der Autor Unterlagen aus dem Archiv des Verbandes der Historiker Deutschlands, das in Trier eine vorläufige Heimat gefunden hat, der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv mit Sitz in Berlin-Lichterfelde und des Archivs der sozialen Demokratie, das unverändert in der alten Hauptstadt West, Bonn, beheimatet ist, ausgewertet. Entscheidende Auseinandersetzungen zwischen den Historikern West und den Historikern Ost fanden nämlich auf der Bühne des VHD statt, wie man in dessen Akten, den Unterlagen der SAPMO oder des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung nachlesen kann.

Führende Männer des VHD wie die Konservativen Aubin, Heimpel und Gerhard Ritter setzten früh, noch bevor der Kalte Krieg zur Gründung von zwei deutschen Staaten führte, auf Konfrontation zu einer marxistischen Methoden verpflichteten Geschichtsschreibung. Argwöhnisch wurde hinter den Kulissen der Kampf gegen die Markov, Jahnke, Klein und Kuczynski geführt. Der auf dem Historikertag in Trier als unrühmlicher Höhepunkt des innerdeutschen »Geschichtskrieges« erfolgte Bruch des Verbandes ist auch von bundesdeutscher Seite provoziert worden. Als Schreckgespenst galt Walter Markov und damit ausgerechnet jener Marxist, der schon früh seinerseits vor einem Monopol und davor gewarnt hatte, die Freiheit der Wissenschaft administrativ zu strangulieren: »Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen; es sei denn, dass er ihn vorsätzlich durch Inzucht ruinieren möchte.«⁴⁴

Die Spezialakte Prof. Dr. Irmgard Höß

Doch »Inzucht« und »Ruin« waren kaum zu stoppen. Zu den erschütterndsten Dokumenten in Trier zählt die »Spezialakte« über die Mittelalterhistorikerin

⁴⁴ Walter Markov, *Historia docet?*, in: Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, 1947, S. 8 f. Die Seitenangaben hier nach dem Wiederabdruck in: Walter Markov, Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen, Berlin/Weimar: Aufbau 1979, S. 20.

Prof. Dr. Irmgard Höß, die früh in die Mühlsteine der deutsch-deutschen Auseinandersetzungen geriet und – ein exemplarisches Schicksal – in die Flucht getrieben wurde, wozu ihr als einer ultima ratio ein kommunistischer Kollege geraten hatte.

Manches Schriftstück aus der Sowjetischen Besatzungszone oder der DDR hat auf Umwegen seinen Platz im Archiv der sozialen Demokratie gefunden, vorzugsweise in den Akten des Ostbüros der SPD, das über enge Verbindungen zu Geheimdiensten und dubiosen Einrichtungen wie der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« verfügte, die auch vor Sabotageakten in der SBZ nicht zurückschreckte. Zahlreiche Dokumente, die an dieser Stelle gelagert sind, aber auch Artikel aus dem westlichen »Vorwärts« und dem östlichen »Neuen Deutschland« bezeugen die tiefen Verletzungen, die im Lauf der Jahrzehnte Kommunisten Sozialdemokraten und Sozialdemokraten Kommunisten beigebracht hatten.

Bei der Überfülle der historiographischen Arbeiten zum Thema lag ein Schwerpunkt – neben den Arbeiten über Conze, Schieder, Erdmann und Gerhard Ritter, die wichtige Rollen im Wissenschaftsbetrieb und im VHD spielten – bei den Erinnerungen von Geschichtswissenschaftlern wie der bereits erwähnten DDR-Historiker Jahnke, Klein, Kuczynski und Markov, aber auch von Wolfgang Ruge sowie ihrer in der Bundesrepublik wirkenden Kollegen Helga Grebing, des Niederlande- und Arbeiterbewegungsfachmanns Horst Lademacher und von Gerhard A. Ritter, den der flüchtige Leser bitte nicht mit Gerhard Ritter »ohne A« verwechseln möge (zumal beide zu unterschiedlichen Zeiten Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands waren). Der guten Ordnung halber sei angeführt, dass der Doktorand vor vier Jahrzehnten eine bei Horst Lademacher geschriebene und mit »Gut« bewertete Magisterarbeit zum Thema »Die KPD im Jahre 1923 – Hauptelemente der Strategie und Taktik der Einheitsfront« an der Bonner Universität vorgelegt hat.

Die wie in allen Umbruchphasen tief greifenden Auseinandersetzungen der Historiker in West und Ost fanden vor dem Hintergrund einer politischen Agenda statt, in der sich »Meisterdenker« zu Wort meldeten, die oftmals quer zur politischen Großwetterlage standen, den Kalten Krieg, der früh einsetzte, nicht oder nur widerwillig mittrugen und deren Ideen in den 1980er Jahren reüssierten. Ein nichtkapitalistisches Gesamtdeutschland stand auf der Agenda nicht nur der aktiven Christen Walter Dirks und Eugen Kogon im Westen, sondern auch der bereits erwähnten Klaus-Peter Hertzsch, Rudolf Schottlaender und Gert Wendelborn im Osten, die auch vor 1990, unverdrossen und Grenzen ignorierend, östlich *und* westlich der Elbe publizierten.

Wie der innerdeutsche »Geschichtskrieg«, so eine Formulierung des finnischen Historikers Seppo Hentilä, auf Intellektuelle einer Nation wirkte, die sich

für neutral hielt, wird in einem kleinen Exkurs beleuchtet, der ein ungewohntes Licht auf bereits bekannte Vorgänge wirft. Finnland, dem im Kalten Krieg gerne eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber der UdSSR und deren Lager und nicht selten ein schleichendes Abgleiten in die östliche Hemisphäre (Stichwort »Finnlandisierung«) nachgesagt wurde, hat von der Konkurrenz der beiden deutschen Staaten zu profitieren gesucht⁴⁵.

In einem dieser beiden – sich jeweilig lange Zeit als provisorisch begreifenden – Staatsgebilde lebten diejenigen Historiker, mit denen der Verfasser, über die Beschäftigung mit Quellen im weiteren und Quellen im engeren Sinne hinaus, kürzere oder längere Gespräche geführt hat: mit dem Wissenschaftshistoriker Dieter Hoffmann und mit Helga Schultz sowie mit Helga Grebing und Gerhard A. Ritter. Sie waren teilweise über Jahrzehnte in der alten Reichshauptstadt tätig: Hoffmann und Schultz auf der östlichen, Grebing und Ritter auf der westlichen Seite der Mauer.

Die beiden Letztgenannten haben die Gründung der Freien Universität erlebt. Die Neuanfänge der Geschichtswissenschaft nach 1945 und vor allem in Berlin hat Gerhard A. Ritter als »einen großen Aufbruch empfunden«⁴⁶. Diskutiert wurde wie in allen »Scharnierjahren« über Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, Arbeiterräte und Basisdemokratie, die Verfasstheit der Republik, die »Mission« der Arbeiterparteien und die Einschränkung der Macht des großen Geldes.

Wie gehe ich vor, wie ist diese Arbeit aufgebaut?

⁴⁵ Das finnische Dilemma und die Sicht des langjährigen Präsidenten Urho Kekkonen beschreibt Hentilä so: »Kekkonens Misstrauen war darauf zurückzuführen, dass die Politik der Bundesrepublik Deutschland aus finnischer Sicht der größte Unsicherheitsfaktor in Europa war. Der Präsident fürchtete vor allem, dass die Sowjetunion unter Hinweis auf die militärische Aufrüstung der Bundesrepublik Forderungen aufgrund des Beistandspakts erheben oder dass die Deutschlandfrage eine internationale Krise auslösen könnte, in die auch Finnland hineingezogen würde. Das andere Deutschland, die DDR, war in den 1960er Jahren in Finnland auf andere Weise lästig. Die Ostdeutschen hefteten sich wie die Kletten an die Finnen und versuchten Finnland dazu zu bewegen, als erstes Land außerhalb des Ostblocks die DDR anzuerkennen. Besonders beunruhigend war aus finnischer Sicht die Vorstellung, dass die Sowjetunion Druck ausüben würde, um Finnland zur Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit der DDR zu zwingen.« Siehe: Seppo Hentilä, Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten. Finnland und Deutschland im Kalten Krieg, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2006 (= Schriftenreihe des Finnland-Instituts in Deutschland, 7), S. 10.

⁴⁶ Interview mit Gerhard A. Ritter am 3.7.1999 in Berlin zum Thema: Neubeginn und Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in den 1950/60er Jahren, siehe: web.archive.org/web/20010119115600/http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/intervie/ritter.htm <24.1.2013>.

Im *Kapitel Eins* finden sich, strukturiert, pointierte Aussagen von Historikern, aber auch von Politikern zum Jahr 1923, seiner Bedeutung für die Zeitgenossen und die Nachwelt, für die Arbeiterbewegung, für die »Reformländer« Sachsen und Thüringen. Schon hier wird deutlich, wie »1923« zum Gegenstand von Legenden und Lügen, vor allem aber von »Lehren« geworden ist, die bis auf den heutigen Tag von Bedeutung sind. Das bot sich an, weil die Fundstellen doch sehr verstreut sind und erst in der Kumulierung ihr Gewicht entfalten.

Das mit dem Sozialismus versöhnte Christentum

Die *Kapitel Zwei* und *Fünf* bilden den Rahmen für *Drei* und *Vier*. Im *Kapitel Drei* werden die Auseinandersetzungen der 1950er-Jahre, in *Vier* die Kämpfe der 1960er-Jahre beschrieben. Doch kann man die Auseinandersetzungen in der Hochzeit des Kalten Krieges verstehen, ohne des ihnen vorangehenden Aufbruchs in den Monaten und Jahren nach Befreiung und Niederlage gewärtig zu sein, der eine Brücke schlägt zwischen den Reform- und Sozialismuskonzepten des Jahres 1923 (die wiederum auf denen der Novemberrevolution aufsetzten) und den leidenschaftlich geführten Diskussionen, wie es denn überhaupt weitergehen könne, in den Achtzigern? Auch der Streit der Geschichtswissenschaftler auf der Bühne des Verbandes der Historiker Deutschlands – beispielsweise in Trier 1958 – ist letztlich nur zu verstehen vor dem Hintergrund seiner Nachkriegsgründung. In jener Zeit bildete sich die Vision eines mit dem Christentum versöhnten Sozialismus heraus (oder eines mit dem Sozialismus versöhnten Christentums – *nevertheless*). Wer weiß schon noch, dass der – auch dies ist so ein Schlagwort – »linkskatholische« Intellektuelle, Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung und Mitherausgeber der »Frankfurter Hefte« Walter Dirks nicht an der Elbe oder der Spree, sondern am Main das Programm für eine Sozialistische Einheitspartei entwarf und dass er und Kogon in die CDU eintraten, weil sie sich von dieser Partei den entscheidenden Schub für ein besseres Deutschland erhofften?

Kapitel Drei. Der Kalte Krieg legte sich wie eine schwere Decke über die Hoffnungen der frühen Jahre der Bundesrepublik Deutschland hüben und der Deutschen Demokratischen Republik drüben⁴⁷. Die Deutschen waren in ihrem

⁴⁷ Spontanes Nachdenken über die eigene Arbeit: Das Hüben (Bundesrepublik) und Drüben (DDR) fließt einem aus der Feder. Vom heutigen Standpunkt aus könnte man aber auch den alten Westen »Drüben« und die ehemalige DDR »Hüben« nennen.

Element, wie es, in dieser Arbeit zitiert, Erhard Eppler einmal ausgedrückt hat, und – wenn ein Bild erlaubt ist – drängten sich nach vorn in die Schützengräben. Dabei bildeten sie keine Ausnahme: die Historiker. Sie lieferten Stichworte für die Auseinandersetzung, munitionierten quasi die Politik und fochten – auf ihrem eigenen Terrain – den »kalten Geschichtskrieg« aus, wie es der Finne Seppo Hentilä genannt hat. Wohl nie in der Nachkriegsgeschichte ist die historische Wissenschaft eine engere Beziehung zur »großen Politik« eingegangen. Kluge Köpfe wie der Historiker Paul Sethe, der von 1934 bis 1943 sein Handwerk bei der »Frankfurter Zeitung«, für die auch Franz Schnabel tätig war und die zum »Dickicht der ›inneren Emigration‹« gehörte⁴⁸, gelernt hatte, fochten in der eigenen Zeitung, der FAZ, die uns prominent in der Zusammenfassung wieder begegnen wird, gegen eine Spirale von Hass und Aufrüstung, die gefährlicher und gefährlicher werden musste. Derweil verfasste Hermann Aubin Beiträge für eine Schriftenreihe des Verteidigungsministeriums, beklagend, die Ostgrenze des Abendlandes sei fatalerweise »dorthin zurückgeworfen, wo sie unter Karl d. Gr. gestanden hatte«⁴⁹. Zur Geltung kam eine neue Europaideologie, wobei wir nicht vergessen wollen, dass auch Kogon und Dirks große Hoffnungen auf eine Einigung des Kontinents gerichtet haben.

Doch im Hauptstrom der Historiographie dominierte die Totalitarismustheorie, an der entlang der von Manfred Wilke nachdrücklich geförderte Otto Wenzel die Auseinandersetzungen des Jahres 1923 exemplifizierte. So weit die Worte tragen: Der KPD und später der DKP kommt man mit dem engen Vokabular des Bundesverfassungsgerichts der 1950er-Jahre nicht nahe.

Im *Kapitel Vier* beschäftigt uns hauptsächlich die sich selbst überhöhende DDR – vulgo die »ihre« DDR überhöhende Historiker-Community – in ihrem Rückgriff auf 1923. Sie galt, wie es Wolfgang J. Mommsen in der Nachschau genannt hat, »als Disziplin, die dem ›realen Sozialismus‹ eine historische Legitimation zu verschaffen bestimmt war«⁵⁰. Und an welchem historischen Datum sollte dies besser exemplifiziert werden als mit den Ereignissen des Jahres '23?

⁴⁸ William John Dodd, Die Sprache als Diskursobjekt in der *Frankfurter Zeitung* 1933-1943, in: ders. (Hrsg.), »Der Mensch hat das Wort«. Der Sprachdiskurs in der Frankfurter Zeitung 1933-1945, Berlin/Boston: De Gruyter 2013, S. 1-54, hier S. 1.

⁴⁹ Hermann Aubin, Abendland, Reich, Deutschland und Europa, in: Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch politisch-historischer Bildung – Erster Band, Tübingen: Max Niemeyer 1957, S. 29-63, hier S. 61.

⁵⁰ Wolfgang J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft in der ehemaligen DDR. Kritische Reflexionen, in: Volker Ackermann/Bernd-A. Rusinek/Falk Wiesemann (Hrsg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte: Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen: Klartext 1995 (= Düsseldorf Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 39), S. 45-56, hier S. 46.

DDR-Legitimation war sozialistisch oder gar nicht

Während Otto Wenzel 1953 und Manfred Wilke 2003 die »verfassungsfeindliche« KPD in den 1920er-Jahren am Werk sehen, Demokratie und Freiheit mit Füßen zu treten, war der DDR daran gelegen, sich über die Novemberrevolution und die Landesarbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen die für bitter nötig erachtete Legitimation zu beschaffen. Während den polnischen, rumänischen oder slowakischen Kommunisten in jedem Fall eine nationale Tradition zur Verfügung stand, benötigte die SED ein spezielles *sozialistisches* Erbe, um die Existenz des *sozialistischen* deutschen Staates zu begründen – in dem Moment, in dem die *sozialistische* DDR 1990 unterging, war ihre Eigenstaatlichkeit eo ipso verschwunden, wohingegen die ČSSR, Rumänien oder Polen auch nach ihrer Wende als Nation und Staat weiterexistierten.

Mit der Herausgabe der bereits angeführten achtbändigen weinrot eingebundenen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« Mitte der 1960er-Jahre »besetzte« die DDR die politische Geschichte der deutschen Arbeiterschaft, ihrer Parteien und Gewerkschaften und brachte im Westen vor allem die SPD in Verzug, die praktisch erst 20 Jahre später aufholen und die Scharte wettmachen konnte. Das Klima in der DDR wurde gegenüber nichtmarxistischen Historikern immer unduldsamer. In der Bundesrepublik tobte dagegen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Fischer-Kontroverse, in der – das Objekt der Auseinandersetzungen trat teilweise in den Hintergrund wie im Historikerstreit – Grundsätzliches zum Thema wurde und von führenden Vertretern der historischen Community und des Staates Geschichtspolitik, hier bezogen auf das persönliche Schicksal Fritz Fischers, exekutiert wurde: dem »Griff zur Weltmacht«-Autor wurden die bereits bewilligten Gelder für eine USA-Vortragsreise wieder entzogen. Was in der westlichen Historiographie Restauration statt Revision hieß, was ihre führenden Vertreter allerdings nicht nur gegenüber den französischen, sondern auch den italienischen, finnischen oder britischen Kollegen zunehmend isolierte, war im Osten die unbedingte Durchsetzung der marxistischen Geschichtstheorie als der einzig wahren.

Im *Kapitel Fünf* beleuchte ich den deutsch-deutschen Historikerkrieg aus der Sicht der Fachwissenschaft eines neutralen Landes, das weder wie die DDR dem Warschauer Pakt oder dem RGW noch wie die Bundesrepublik der NATO und den Institutionen der beginnenden westeuropäischen Integration angehörte. Die Finnen sannen außen- und sicherheitspolitisch, aber auch in ihren wissenschaftlichen Beziehungen auf Äquidistanz zu Bonn und Ostberlin.

Die scharfen Auseinandersetzungen der 1950er und 1960er-Jahre unter den Historikern, die parallel zu einer nahezu ungehemmten militärischen Aufrüstung abliefen (der kalte Geschichtskrieg verlief parallel zum Kalten Krieg), führten, wie in *Kapitel Sechs* gezeigt wird, zu rapide und in schnellem Tempo sich steigenden Widerständen nicht zuletzt unter Historikern. Dafür stehen ein Buch von Rainer Wohlfeil mit Beiträgen aus Ost und West zur Reformation, das wachsende Bedürfnis nach wissenschaftlichem Austausch sowie die schlagzeilenträchtige Konferenz »Erben deutscher Geschichte« im März 1987 und, auf politischer Ebene, die Gespräche von Wissenschaftlern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED und der SPD-Grundwertekommission. So sehr diese Vorgänge nur vor dem Hintergrund politischer Entspannung möglich waren, so sehr beflügelten sie wiederum die politischen Vorgänge.

Letztendlich dient diese Dissertation der Beleuchtung des Beziehungsgeflechts der beiden deutschen Historiographien, die trotz der inflationären Zahl von Untersuchungen über die DDR nach einem jüngeren Urteil aus dem Jahre 2011 »wenig beachtet« ist⁵¹. Der Autor versteht sie als einen Beitrag zu der Frage, was an den Ergebnissen des Dialogs von Marxisten und Nichtmarxisten im besten Sinne aufhebenswert ist und was an diesem Dialog – auch vor dem Hintergrund, dass einer der beiden Dialogpartner scheinbar in Wegfall geraten ist – möglicherweise in die Zukunft weist. Die Frage nach dem *Ertrag* der beiden Historiographien, wenn wir sie schon so apodiktisch neben- und gegeneinanderstellen, ist die Frage nach der *Zukunft*. Nebenher kann man weiter darüber nachdenken: War die Zeit ausgangs der 1980er-Jahre die historiographisch – wie auch politisch – aufregendste für eine lange Zeit vorher und nachher?

Damit der Leser einen ersten Blick auf die Historiker werfen kann, sind die handelnden Personen in einem umfangreichen Anhang aufgelistet. Daten über die jeweilige fachliche Karriere, wichtige Veröffentlichungen und manchmal auch das, was fehlt, sollen den Zugang erleichtern. Um ein flüssiges Lesen zu ermöglichen, ist auf stereotypische Wendungen und eine Tabellen-ähnliche Darstellung bewusst verzichtet worden.

⁵¹ Wörtlich: »Die Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte der beiden deutschen Staaten ist ein Feld, das noch wenig beachtet ist.« Die Aussage ist einer Rezension von Detlev Brunner im »Archiv für Sozialgeschichte« entnommen. Siehe: library.fes.de/pdf-files/afs/81265.pdf <30.4.2014>.

Das vergessene Jahr

Wie bin ich nun zu meinen Schlussfolgerungen über das »vergessene Jahr 1923« gekommen? Zuvörderst habe ich die historiographischen Arbeiten sowohl aus der Bundesrepublik wie aus der DDR auf ihre Kompatibilität mit den historischen Ereignissen hin untersucht, wobei ausgedehnte »Ausflüge« in das Archiv des Verbandes der Historiker Deutschlands, das Bundesarchiv und das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung mitunter den Hintergrund dessen, was auf offener Bühne dargeboten wurde, deutlicher werden ließen. Schließlich wurden große Linien deutlich, geschichtspolitische Dimensionen, innerhalb deren sich die Chronisten bewegen, ohne dass sie sich dessen bewusst sein müssen. Der erklärte Verzicht auf die Zugehörigkeit zu einer Schule, einer Methode oder einer Gruppe ist ja noch nicht gleichbedeutend mit einer voraussetzungslosen Sicht der Dinge.

Danksagungen

Prof. Dr. Helga Grebing und Prof. Dr. Helga Schultz sowie Prof. Dr. Dieter Hoffmann und Prof. Dr. Gerhard A. Ritter bin ich zu großem Dank verpflichtet. Die Gespräche mit ihnen waren wertvolle Ergänzungen und Interpretationen zu den von ihnen schriftlich niedergelegten Zeugnissen. Die Dissertation wäre in der vorliegenden Form nicht entstanden ohne zahlreiche Fragen, Literaturhinweise und Lesefrüchte des Erst- und des Zweitgutachters, Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek M. A. und Prof. Dr. Horst A. Wessel, sowie von Prof. Dr. Friedhelm Boll und von Helge F. Lindh M. A. Für die Hilfe bei der sich über Stunden hinziehenden Reparatur von zwei gefährlich anmutenden Abstürzen des Literaturverwaltungsprogramms und bei der Gestaltung der Literaturliste bin ich den Mitarbeitern des Programms citavi, im Besonderen Peter Meurer und Jennifer Schultz, sowie bei einigen Fragen der technischen Handhabung des Schreibprogramms Ralf Henke verbunden. Schließlich wäre die Arbeit nie zu einem Ende gekommen, wenn meine Frau mir nicht in entscheidender Stunde den Hinweis gegeben hätte, nun sei aber Schluss mit der Recherche. Der Erwähnung bedürften noch viele, doch sei es an dieser Stelle mit den Namen Inge Blank M. A. (+), Monika Blank, Roland Breuckmann, Jan Dohmen, Prof. Dr. Dieter Dowe, Dr. Ulrich Eumann M. A., István Flesh, Prof. Dr. Klaus Goebel, Prof. Dr. Irmtraud Götz von Olenhusen, Udo Gothsch (+), Sylvia Gräfe, Christiane Gückel, Arnim Juhre, Dr. Karl-Heinz

Klär, Marion Lennartz (+), Dr. Anna-Maija Mertens, Prof. Dr. Norbert Mette, Karl Otto Mühl, Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Andreas Schäfer, Hermann Schulz, Otmar Steinbicker und Wolf von Wedel Parlow getan.

Eine letzte Bemerkung: Im Exposé, das zu Beginn der ernsthaften Beschäftigung mit dem Thema der Dissertation bei der Fakultät eingereicht worden ist, lautete der *Titel* »Kalter Krieg und heiße Geschichten. Die deutsche Arbeiterbewegung des Jahres 1923 in ausgewählten Darstellungen aus der DDR und der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre«. Eine etwas zugespitzte, quasi »journalistische« Überschrift. Sie ist jetzt sachlicher: »Der Kalte Krieg und die Geschichtswissenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren. Die deutsche Arbeiterbewegung des Jahres 1923 in ausgewählten Darstellungen aus der DDR und der Bundesrepublik«. Ich habe auch darüber nachgedacht, den »kalten Geschichtskrieg« in die Überschrift zu nehmen – ein Bild, das bezeichnenderweise ein finnischer Wissenschaftler geprägt hat -, doch habe ich davon wieder Abstand genommen.

Carola Stern und Heinrich August Winkler haben einmal die Frage aufgeworfen, ob es »nicht doch Wendepunkte, an denen die Geschichte auch ganz anders hätte verlaufen können«, gegeben hat⁵². Wenn Historiker dazu sensibilisieren, mögliche Alternativen in bestimmten »Scharnierjahren« erahnen zu lassen, leisten sie der Gesellschaft einen großen Dienst. Die *Zukunft* ist offen. Mit den Worten des großen Kenners der alten Geschichte Christian Meier, muss es der Anspruch des Historikers sein, »längerfristige Abläufe zu verstehen«⁵³. Die Welt steckt voller Wunder: »Man muss, zumindest im Laufe der Zeit, mit allem rechnen.«⁵⁴

STICHWORT

Marxistisch/nichtmarxistisch

Zu Beginn der 1970er-Jahre glaubte Ernst Nolte feststellen zu müssen, der Historiker dürfte heute mit keiner anderen Frage »an vielen Universitäten der westlichen Welt so intensiv und so nachdrücklich konfrontiert werden wie mit derjenigen nach dem Verhältnis von ›bürgerlicher‹ und ›marxistischer‹ Wis-

⁵² Heinrich August Winkler, Einleitung, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Wendepunkte* (Anm. 43), S. 7-15, hier S. 8.

⁵³ Christian Meier, *Der Historiker und der Zeitgenosse. Eine Zwischenbilanz*, München: Siedler 2014, S. 25. Hervorhebung nicht im Original.

⁵⁴ Ebd., S. 11.

senschaft und nach seiner eigenen Position im Rahmen dieses Verhältnisses«⁵⁵. Kritisch fuhr er fort, dass nicht zu übersehen sei, »dass die Fragestellung als solche eine Übernahme der marxistischen Position bedeutet«⁵⁶.

Was marxistisch sei, was bürgerlich, wurde gewöhnlich entlang der Grenzen der politisch-militärischen Blöcke definiert, und so ist es nicht verwunderlich, dass der prominente Berliner Historiker Fritz Klein gleich 1990 darüber nachdachte, ob der Begriff »marxistische Geschichtswissenschaft« nicht von Beginn seines Gebrauchs an falsch gewesen sei, gebe es doch auch keine »marxistische Physik«⁵⁷. 40 Jahre zuvor sah man die Dinge noch anders – oder doch schon in einer Ahnung des Zukünftigen? So schrieb Friedrich Meinecke per 27. Oktober 1948 an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung (Berlin): »Als ich vor zwei Jahren eine kleine Lehrtätigkeit an der hiesigen Universität wieder aufnahm, geschah es in der Hoffnung auf ein friedliches Nebeneinander marxistischer und nichtmarxistischer Richtungen in den Geisteswissenschaften. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.«⁵⁸

In der Hochzeit des Kalten Krieges war es üblich, dass Vertreter der jeweiligen Seite für sich ein Monopol in Anspruch nahmen, die unumstößliche Wahrheit zu verfechten, die marxistische Geschichtstheorie im Osten, der Historismus im Westen. Aber cum ira et studio oder sine ira et studio? Dieser Streit geht schon länger. *Mit* und nicht ohne *Zorn und Eifer* wollte Heinrich von Sybel, hierin seinem Lehrer Leopold von Ranke widersprechend, die Geschichtswissenschaft betrieben sehen. Sein Hauptwerk »Die Geschichte der Revolutionszeit 1789-1795«, das zwischen 1853 und 1879 erschien, entsprang übrigens der Absicht, »die Volksmassen von ›kommunistischen‹ Bestrebungen abzuschrecken«⁵⁹.

⁵⁵ Ernst Nolte, Über das Verhältnis von »bürgerlicher« und »marxistischer« Geschichtswissenschaft, in: ders., Marxismus – Faschismus – Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964-1976, Stuttgart: DVA 1977, S. 69-85, hier S. 69. – Der Aufsatz erschien erstmalig in der Zeitung »Das Parlament« vom 4.8.1973 (Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte«).

⁵⁶ Ebda.

⁵⁷ Fritz Klein, Was wird aus der DDR-Wissenschaft?, in: Das Parlament 40 (1990) 38, S. 19, zit. nach: Wolfgang Küttler, Marxistische Geschichtswissenschaft heute, in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin: Berliner Debatte 1994, S. 211-235, hier S. 214.

⁵⁸ Friedrich Meinecke, Ausgewählter Briefwechsel. Hrsgg. und eingeleitet von Ludwig Dehio und Peter Classen, Stuttgart: Koehler 1962, S. 295 f.

⁵⁹ Beitrag »Heinrich von Sybel (1817-1895), Preußens ›Geschichtsbaumeister«, in: Werner Berthold/Mario Keßler, Klios Jünger. 100 Historiker-Porträts von Homer bis Hobsbawn, Leipzig: AVA 2011, S. 84 f., hier S. 85. – Vgl. Jürgen Kuczynski, Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit, Berlin: Elefanten-Press 1993 (= EP, 463), S. 23.

Gerhard Ritter, der Mitte der 1950er-Jahre mehr Disziplin unter den bundesdeutschen Historikern anmahnte⁶⁰, hatte im Übrigen Probleme mit der DDR angesichts seiner an anderer Stelle geübten Differenzierung in einen westlichen und einen östlichen Kulturkreis: Er unterschied in der DDR einerseits die Marxisten und andererseits die »dort lebenden deutschen Historiker«⁶¹.

Leidenschaftsloser sah Erich Eyck die Kontroverse. Er betonte mit Blick auf Rankes oft zitiertes Wort, »dass der Historiker, so sehr er sich auch bemühen mag, ›zu zeigen, wie es eigentlich gewesen ist‹, doch die Ereignisse nur von einem bestimmten Standpunkt aus sehen und darstellen kann. Aber dies scheint mir, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht bedenklich, wenn er seinen Standpunkt nicht zu verhüllen sucht«, und so glaube er, dass sein, Eycks, Leser »keinen Augenblick darüber im Zweifel sein« werde, »dass dies Buch vom Standpunkt eines liberalen und demokratischen Anhängers der Republik geschrieben ist«⁶².

Und Egon Friedell konstatierte ein ständiges Auf und Ab der Historiographie: »Die geistige Geschichte der Menschheit besteht in einer fortwährenden Uminterpretierung der Vergangenheit. [...] Die Lage des Historikers wäre also vollkommen hoffnungslos, wenn sich ihm nicht ein Ausweg böte, der in einem [...] Wort Goethes angedeutet ist: ›Den Stoff sieht jedermann vor sich, den Gehalt findet nur der, der etwas dazu zu tun hat.«⁶³

⁶⁰ In der HZ 180 (1955), S. 662: »Jedenfalls hat man oft den bedrückenden Eindruck, dass die Geschichtswissenschaft des sogenannten Westens von wirklicher Klarheit und Geschlossenheit gerade in Grundsatzfragen recht weit entfernt ist.« Zit. nach: Werner Berthold, »... großhungern und gehorchen«. Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, Berlin: Rütten & Loening 1960 (= Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 7), S. 247.

⁶¹ Werner Berthold, »... großhungern« (Anm. 60), S. 240.

⁶² Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Erlenbach b. Zürich/Stuttgart: Rentsch 1973, S. 11 f.

⁶³ Egon Friedell, Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg, München: C. H. Beck 2003 (= Beck's historische Bibliothek), S. 14 f. – Friedell setzte auch – ebda., S. 12 – den vielgescholtenen Borussen in sein Recht: »Rankes Vorhaben, er wolle bloß sagen, ›wie es eigentlich gewesen‹, erschien sehr bescheiden, war aber in Wahrheit sehr kühn und ist ihm auch nicht gelungen. Seine Bedeutung bestand in etwas ganz anderem: dass er ein großer Denker war, der nicht neue ›Tatsachen‹ entdeckte, sondern neue Zusammenhänge, die er mit genialer Schöpferkraft aus sich heraus projizierte, konstruierte, gestaltete«. – Es erinnert an den Historiker als Ideenlieferanten in der Tradition eines Heinrich von Sybel, Gustav Droysens, Theodor Mommsens oder Heinrich von Treitschkes: »Diese Historiker [...] bezogen die Impulse ihres historischen Denkens aus den Problemen und Erfordernissen der deutschen Nationalstaatsbildung, ja sie verstanden ihr Werk als einen *kulturellen Beitrag zu ihrem politischen Erfolg*.« Siehe: Friedrich Jaeger/Jörn Rüsen, Geschichte des Historismus. Eine Einführung, München: C. H. Beck 1992, S. 73 f. Hervorhebung nicht im Original.

1. Kapitel

Das »Schicksalsjahr«

1923 ein Scharnierjahr?

Es waren ohne Zweifel sehr bewegte Monate mit Ruhrbesetzung und passivem Widerstand, dem Versuch, im Rheinland eine separatistische Regierung zu etablieren, und dem »Blutsonntag« in Düsseldorf, dem Hamburger Aufstand, der Gründung der Deutschen Liga für Menschenrechte und der Paneuropa-Bewegung, der Schwarzen und der formellen Reichswehr, dem Auftreten der NSDAP und dem Schlageter-Kult, den Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, den lebhaften Diskussionen in den Arbeiterparteien SPD und KPD.

Historiker, aber auch Politiker und andere Zeitgenossen – nicht selten überschritten sich die Grenzen – haben die Zeit gewürdigt und herabgewürdigt, gepriesen und verflucht, analysiert und Konsequenzen angemahnt. Vor allem aber beschrieben.

Die »Zitatenlese« vereinigt Kernsätze hauptsächlich aus historiographischen Werken, mit denen dem Leser die Zeit nahegebracht werden soll, die in dem Jahr selbst und später Gegenstand von Lügen und Legenden, Berichten und Erklärungen, Mutmaßungen und »Lehren« geworden ist. Orientiert hat sich der Autor an Grundsätzen (nicht unbedingt den Methoden), die etwa Florian Illies mit »1913. Der Sommer des Jahrhunderts« (2012), Hans Ulrich Gumbrecht mit »1926. Ein Jahr am Rande der Zeit« (1997, dt. 2001) und der Grimme-Preisträger Werner Biermann mit »Sommer 39« (2009) angewendet haben.

Krisenjahr, Katastrophenzeit, Schicksalsjahr

Dieser gigantische karnevalistische Totentanz

Menetekel für 1933

Sachsen und Thüringen

Gewinner und Verlierer

Das Dilemma des Reformismus

Das Versagen der KPD

Der Hamburger Aufstand

Kampf gegen rechts

Staatsphilosophie und Historiographie

Einschub: Es erschien 1923

Die Bilanz eines Jahres

Im Text sind die angeführten Werke erstmalig mit Titel und Erscheinungsjahr angegeben, mitunter auch mit kurzen Erläuterungen zu Autor oder Titel, im Weiteren dann nur noch mit Kurztitel und ohne Erscheinungsjahr. In den Anmerkungen finden sich, wie üblich, die vollständigen Angaben.

In einer kurzen Übersicht erfährt der Leser, welche heute noch bekannten wissenschaftlichen und belletristischen Arbeiten 1923 erschienen sind und was »der Deutsche« in jenem Jahr gelesen hat.

KRISENJAHR, KATASTROPHENZEIT, SCHICKSALSJAHR

»Das Jahr 1923 war eines der bewegtesten und für den Bestand der Weimarer Republik gefährlichsten. [...] Überdies, viele der verantwortlichen Politiker jener bewegten Zeit deckt längst der kühle Rasen – sie sind zu beneiden –, andere ziehen heimatlos in der Welt umher, und die, die in Deutschland noch außerhalb der Marterhöhlen der Konzentrationslager leben, sind gezwungen, das Leben stummer Hunde zu führen.«

Der langjährige preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD) in seinen Memoiren, 1940¹

»1923 überschlugen sich die Ereignisse. [...] Als alles vorbei war, konnten die Deutschen fürs Erste aufatmen.«

Peter Zolling, Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart, 2005²

»Man kann wohl [...] feststellen, dass 1923 die KPD zumindest eine starke Minderheit der gewerkschaftlich organisierten und vielleicht sogar die Mehrheit der unorganisierten Arbeiter hinter sich hatte.«

Der Politologe Ossip K. Flechtheim in seinem Standardwerk über die KPD, ²1971 (ursprünglich 1948)³

¹ Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York: Europa-Verlag ²1940, S. 136.

² Peter Zolling, Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart. Wie Deutschland wurde, was es ist, Bonn: BpB 2005 (= Schriftenreihe, 523), S. 115.

³ Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main: EVA ²1971, S. 181.

»Jedoch im Sommer 1923 hatte es in Deutschland tatsächlich eine echte revolutionäre Situation gegeben, eine Situation, in der die Arbeiterklasse die Macht hätte ergreifen können. Die Arbeitermassen waren in revolutionärer Gärung, das Kleinbürgertum und breite Massen des Mittelstandes in einer Stimmung der Verzweiflung und Erbitterung. Die großkapitalistische Regierung Cuno hatte versagt. Ihre Politik des passiven Widerstandes war gescheitert, die Währung zusammengebrochen und das Volk in unermessliche Tiefen des Elends gestürzt. In dieser Situation wäre eine Arbeiterregierung von den großen Volksmassen als eine Wendung zum Besseren begrüßt worden. [...] Die Voraussetzung einer Arbeiterregierung war im wesentlichen eine Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine gemeinsame Politik zur Überwindung der Ruhrkrise.«

Der sozialistische Politiker und Historiker Julius Braunthal in seiner Geschichte der Internationale, 1978⁴

In diesem Jahr (1923) entstand »die erste Volksfront- oder ›Arbeiter‹regierung in Deutschland«.

Ernst Nolte, Die Weimarer Republik, 2006⁵

»Das Krisenjahr 1923 führte die Weimarer Republik an den Rand des Zusammenbruchs [...].«

Nils Freytag (Hrsg.), Quellen zur Innenpolitik der Weimarer Republik, 2010⁶

»Der Verlauf der schweren Krise des Jahres 1923, in dem nicht mehr und nicht weniger als die Existenz des Reiches auf dem Spiele gestanden hat, ist dadurch bestimmt gewesen, dass die Regierung Cuno zunächst die Bedeutung der Dif-

⁴ Julius Braunthal, Geschichte der Internationale. Bd. 2, Berlin/Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. 1978 (= Internationale Bibliothek, 109), S. 305.

⁵ Ernst Nolte, Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler, München: Herbig 2006, S. 117.

⁶ Nils Freytag, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Quellen zur Innenpolitik der Weimarer Republik. 1918-1933, Darmstadt: WBG 2010 (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit/ Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, 31), S. 1-22, hier S. 6.

ferenzen zwischen der Politik Poincarés, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zweifellos optimistisch überschätzt hat.«

Hans Herzfeld, Die Weimarer Republik, 1980⁷

»Auch zwischen den sozialdemokratischen Parteien bestand hinsichtlich der Stellung zur Revolution ein tiefgreifender Dissens. Die SPD war mit ihren bürgerlichen Koalitionspartnern entschieden der Meinung, dass die Revolution mit dem November als beendet zu gelten habe. Unter denen jedoch, die diese Revolution gemacht hatten, setzte sich schon bald die Überzeugung durch, dass die Revolution ihr Ziel noch nicht erreicht habe, dass sie weitergehen müsse. Bis zum Jahre 1923 wurde die Republik immer wieder von revolutionären Aufständen beunruhigt.«

Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, ³1996⁸

»Kommentatoren der Zeitgeschichte [...] hätten ihre Aufmerksamkeit [...] auf dieses elende und verarmte Deutschland richten sollen, in dem im Laufe des Jahres 1923 eine revolutionäre Krise heranreife, die in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht ihresgleichen fand.«

Pierre Broué, Der Oktober, der nicht stattfand, 2003⁹

»Entsetzt schrieb die deutschnationale ›Kreuz-Zeitung‹: ›Wir stehen – wer sollte sich darüber noch täuschen – nach allem, was um uns her vorgeht, unmittelbar vor dem Ausbruch einer neuen Revolution.‹ Die ›Germania‹ veröffentlichte einen Leitartikel unter der Schlagzeile ›In höchster Not!‹, in dem es heißt: ›Das Vertrauen zu der Reichsregierung ist vollständig erschüttert [...] Ein Funke genügt, und die Explosion ist da ... Es herrscht Neunte-November-Stimmung.«

»›Wer Instinkt hat‹, schrieb das ›Merseburger Tageblatt‹ am 31. Juli, ›der empfindet, dass die Katastrophe sich nicht nur vorbereitet, sondern dass sie da ist

⁷ Hans Herzfeld, Die Weimarer Republik, Frankfurt am Main: Ullstein ⁶1980 (= Ullstein-Buch, 3846), S. 75.

⁸ Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland. 1770-1990, München: C. H. Beck ³1996 (= Beck'sche Reihe, 494), S. 261.

⁹ Pierre Broué, Der Oktober, der nicht stattfand. Ein Kommentar, in: Bernhard H. Bayerlein/Leonid G. Babičenko/Fridrich I. Firsov/Aleksandr Ju. Vatlin (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin: Aufbau 2003 (= Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, 3), S. 59-64, hier S. 59.

und weitere Kreise erfasst. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man in dieser Welle von Kopflosigkeit, Angst und Verzweiflung etwas von dem Unheil der Novembertage 1918 wittert ... Alles geht drunter und drüber. Der Rest des Vertrauens zur Führung und zur Regierung ist verschwunden, kein Mensch vermag einen Weg zu sehen, der das Land vor einer Katastrophe retten könnte.«

Wilhelm Ersil, Aktionseinheit stürzt Cuno, 1963¹⁰

»Man war« (1922/23) »des Parteidements in weiten Kreisen überdrüssig geworden, man machte es für den häufigen Regierungswechsel verantwortlich und versprach sich eine stetigere Entwicklung, wenn ›die Männer der Wirtschaft‹ sich dem Geschäft des Regierens widmen wollten; ja, man glaubte, eine Regierung, an deren Spitze Männer ›mit diskontfähiger Unterschrift‹ stünden, würde im Ausland einen besonders guten Eindruck machen.«

Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, ⁵1973, ursprünglich 1953¹¹

In den »Krisenjahren 1922/23« gingen die Industriellen »überlegter zu Werk: mit Hilfe einer systematischen ›Katastrophenpolitik‹ – Weigerung, die Inflation zu stoppen, Ruhrkampfp provokation, geheime Aufrüstung der Reichswehr – wurde die Errichtung eines ›Direktoriums‹ der Schwerindustrie und der Reichswehrgeneralität vorbereitet. Nur der isolierte Putschversuch Hitlers, der die Reaktion spaltete, und der auf Grund der Reichs-Mark-Stabilisierung erfolgende wirtschaftliche Aufschwung verhinderten die offene Diktatur schon zu dieser Zeit«.

Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, 1971¹²

»Eine Woge des Enthusiasmus für die Internationale war fast durch die ganze Arbeiterschaft Europas gegangen: in Italien, Frankreich, der Tschechoslowakei, Norwegen, Schweden neigte ihr die Mehrheit, in Deutschland, Österreich und

¹⁰ Wilhelm Ersil, Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte des Machtkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin: Dietz 1963, S. 157 und S. 206. Die zitierte »Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung« kam am 26. Juli, die »Germania« am 27. Juli 1923 heraus.

¹¹ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Erlenbach b. Zürich/Stuttgart ⁵1973, S. 305.

¹² Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied/Berlin: Luchterhand 1971 (= Sammlung Luchterhand, 22), S. 18.

England immerhin eine starke Minderheit zu. Die Situation war in weiten Teilen Europas allem Anschein nach noch revolutionär [...].«

Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, 1969¹³

»Ende 1923 war der Kampf um den sozialen Charakter des neuen Staates entschieden. Die Gefahr einer sozialistischen Revolution war abgewehrt, die bürgerliche Eigentumsordnung konsolidiert, die Revolution auf halbem Wege zum Stehen gebracht.«

Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik, 1985¹⁴

»Die deutsche Republik auf ihrem Tiefpunkt: Das Jahr 1923«.

Albert Schwarz, Die Weimarer Republik, 1958¹⁵

»Von 1919-1923 kämpfte die Republik um ihr Überleben.«

Wilhelm Matthiessen, Basiswissen Oberstufe, 2007¹⁶

»Die Katastrophenzeit reichte von 1914 bis 1923«.

Hagen Schulze, Kleine deutsche Geschichte, ¹¹2011¹⁷

»Zur Rettung der Verfassung und des Reichsbestandes bedurfte es freilich außerordentlicher, diktatorischer Mittel. Damit rückt die *Reichswehr* unter der verfassungsmäßigen Führung des Reichswehrministers Gessler und unter der faktischen Führung des Chefs der Heeresleitung, Generals von Seeckt, in den

¹³ Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung des Faschismus, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag ²1969 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 4), S. 40. Nolte spricht hier vom Jahr 1920. Mit der Internationale ist die Kommunistische Internationale gemeint.

¹⁴ Reinhard Kühnl, Die Weimarer Republik. Errichtung, Machtstruktur und Zerstörung einer Republik, Reinbek: Rowohlt 1985 (= rororo aktuell, 5540), S. 24.

¹⁵ *Kapitelüberschrift* bei Albert Schwarz, Die Weimarer Republik, Konstanz: Athenaion 1958 (Sonderdruck aus: Brand/Meyer/Just, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4), S. 88.

¹⁶ Wilhelm Matthiessen, Geschichte, Berlin: Cornelsen/Scriptor 2007 (= Pocket Teacher Abi Basiswissen Oberstufe), S. 128.

¹⁷ Hagen Schulze, Kleine deutsche Geschichte. Mit Grafiken, Karten und Zeittafel, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag ¹¹2011 (= dtv, 34360), S. 145

Mittelpunkt der innerpolitischen Entscheidungsfragen. [...] Seeckt [...] stellte sich in der Herbstkrise aber auch nicht eindeutig der Regierung Stresemann zur Verfügung. [...] So waren für ihn demokratische Republikaner, ja die verfassungsrechtlich bestehende Republik selbst, ebenso ›Partei‹ wie die Rechtsextremisten. Bei einer solchen Auffassung lag es nahe, dass Seeckt den Plan seiner eigenen Diktatur erwog.«

Werner Conze in Peter Rassows »Deutsche Geschichte im Überblick«,
²1962¹⁸

»Die Geschichte der Weimarer Republik wurde bisher fast ausschließlich entweder von ihrem Anfang oder von ihrem Ende her geschrieben. [...] ›Weimar‹ geht nicht in Anfang und Ende auf. Die 14 Jahre seiner Existenz stellen auch eine Epoche eigener Art dar.«

Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik, 1987¹⁹

»Das Jahr 1923, so hat man gesagt, sei das Schicksalsjahr der Republik gewesen.«

Waldemar Besson, Friedrich Ebert, 1963²⁰

»Die junge Weimarer Republik erlebt 1923 das schwerste Jahr seit ihrer Gründung vor fünf Jahren. [...] Während die Nachkriegsprobleme in Europa krisenhaft eskalieren, wird für den Nahen Osten eine Friedensregelung ausgehandelt. Der Vertrag von Lausanne (24.7.1923) beendet den Griechisch-Türkischen Krieg, die Türkei wird als unabhängiger Staat anerkannt. [...] Mit dem Bau neuer Flughäfen (Berlin, Danzig, Leipzig) und der Eröffnung internationaler Flugverbindungen (z. B. Berlin–London) wird 1923 ein neues Verkehrszeitalter im Deutschen Reich

¹⁸ Werner Conze, Die Weimarer Republik, in: Peter Rassow (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch, Stuttgart: Metzler ²1962, S. 616–666, hier S. 640 f. – Generell: Hervorhebungen finden sich, wenn nicht anders angegeben, so im Original.

¹⁹ Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987 (= Edition Suhrkamp/Neue Historische Bibliothek, 1282 = N. F. 282), S. 9 f.

²⁰ Waldemar Besson, Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze, Göttingen/Berlin/Frankfurt am Main: Musterschmidt 1963 (= Persönlichkeit und Geschichte, 30), S. 85.

eingeläutet. [...] Im Oktober nimmt der erste öffentliche Rundfunksender im Deutschen Reich seinen Betrieb auf [...].«

Hanna Vollmer, Chronik 1923. Tag für Tag in Wort und Bild, 1991²¹

»Der ›Schrei nach der Diktatur des Proletariats‹ (Curt Geyer) erhalte immer dann von Neuem, wenn Reformansätze in Krisenzeiten (1923, 1929 und 1933) an Zugkraft verloren.«

Mike Schmeitzner, Ambivalenzen des Fortschritts, 2013²²

²¹ Hanna Vollmer (Hrsg.), Chronik 1923. Tag für Tag in Wort und Bild, Dortmund: Chronik-Verlag

³1991 (= Die Chronik-Bibliothek des 20. Jahrhunderts), S. 7.

²² Mike Schmeitzner, Ambivalenzen des Fortschritts. Zur Faszination der proletarischen Diktatur in der demokratischen Revolution 1918-1920, in: Archiv für Sozialgeschichte, 53 (2013) S. 113-145, hier S. 113 f.

DIESER GIGANTISCHE, KARNEVALISTISCHE TOTENTANZ

»Kein Volk der Welt hat etwas erlebt, was dem deutschen ›1923‹-Erlebnis entspricht. Den Weltkrieg haben alle erlebt, die meisten auch Revolutionen, soziale Krisen, Streiks, Vermögensumschichtungen, Geldentwertungen. Aber keins die phantastische, groteske Übersteigerung von alledem auf einmal, die 1923 in Deutschland stattfand. Keins davon diesen gigantischen, karnevalistischen Totentanz, dieses nicht endende blutig-groteske Saturnalienfest, in dem nicht nur das Geld, in dem alle Werte entwertet wurden. Das Jahr 1923 machte Deutschland fertig – nicht speziell zum Nazismus, aber zu jedem phantastischen Abenteuer. Die psychologischen und machtpolitischen Wurzeln des Nazismus liegen tiefer zurück [...]. Aber damals entstand das, was ihm heute seinen Wahnsinnszug gibt: die kalte Tollheit, die hochfahrend hemmungslose, blinde Entschlossenheit zum Unmöglichen; das ›Recht ist, was uns nutzt‹ und ›das Wort unmöglich gibt es nicht‹. [...] Ich schaudere bei dem Gedanken, dass wahrscheinlich ganz Europa nach dem Kriege ein vergrößertes 1923 erleben wird – wenn nicht sehr weise Männer den Frieden machen. Das Jahr 1923 begann mit einer patriotischen Hochstimmung, fast war es eine Wiedergeburt von 1914.«

Sebastian Haffner in seinen wohl 1939 niedergeschriebenen Erinnerungen²³

²³ Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Frankfurt am Main/Wien: Büchergilde 2000, S. 53 f.

MENETEKEL FÜR 1933

»Die Putschversuche des Jahres 1923 scheiterten nun wohl, aber ihr Geist flackerte bei jeder neuen Depression des öffentlichen Lebens wieder auf. [...] Ich fragte in diesen Jahren einmal einen Oberst, der dem Reichswehrministerium nahestand, nicht ohne Sorge nach der Gesamtstimmung der Reichwehr. Er setzte eine überlegene Miene auf und erwiderte: ›Die Reichswehr wird immer da stehen, wo die stärksten nationalen Belange sind.«

Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, ³1947²⁴

»[...] dass die Parallelen oder doch zumindest die Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Ereignissen nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg erstaunlich groß und für unsere Einsichten fruchtbar sind.

Denn bei allen Unterschieden ist den beiden Epochen zweierlei gemeinsam: dass es nach dem Zusammenbruch eines Regimes trotz objektiv revolutionärer Situation nicht zu einer Revolution kam – und dass andererseits auch die angestrebten Reformen in den Ansätzen steckenblieben.«

Der Sozialist, Journalist und Historiker Walter Fabian in seinem »Klassenkampf um Sachsen«, 1930²⁵

Der Freistaat Sachsen, »dieses dichtbesiedelte Teilstück der Weimarer Republik wurde in jenen Jahren im Guten wie im Bösen zu einem Experimentierfeld der deutschen Politik: bis 1923 wurde hier energischer und konsequenter um die Neugestaltung wichtiger Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gerungen – und eben deshalb richtete sich gegen diesen Reformversuch der leidenschaftliche Widerstand des Bürgertums und aller restaurativen Kräfte in Sachsen selbst und schließlich, mit dem Einmarsch der Reichswehr und der gewaltsamen Absetzung der rechtmäßigen Regierung Zeigner, die Exekutive der Zentralgewalt. Damit

²⁴ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden: Eberhard Brockhaus ³1947, S. 69.

²⁵ Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930, Löbau: Verlag der Ostsachsen-Druckerei 1930 (Photomechanischer Nachdruck, Berlin: Die Arbeitswelt 1972), S. 3.

wurde der Klassenkampf um Sachsen zum Klassenkampf um Deutschland, und das Jahr 1923 trug nicht wenig dazu bei, das Jahr 1933 möglich zu machen.«

Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen²⁶

»Wurde nicht in diesem Jahr 1923 unter den Schlägen des Bündnisses des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit General von Seeckt das Ende der Weimarer Republik eingeläutet, die tatsächlich die nächsten 10 Jahre nicht überleben sollte.«

Pierre Broué, Der Oktober, der nicht stattfand²⁷

»Leider habe sich im deutschen Volk ein ›fremder Bestandteil‹ eingenistet, der ›von Asien komme und auch wieder nach Asien gehöre‹. Er meine die Juden. Sie hätten zwar auch einzelne gute Eigenschaften (›Widerspruch bei der Mehrheit‹), aber viele unangenehme, weshalb man sie ja auch überall bekämpfe. Das gelte vor allem für ihre ›Kunst, die Mitmenschen auszunützen‹. Die jüdische Rasse denke ›international‹ und bilde so einen ›Pfahl in unserem Fleische‹. Man sehe nur die ›Sozialdemokratie an, die uns das Elend der Revolution gebracht hat‹. Sie sei eine ›jüdische Erfindung‹ und deshalb ›die erste Ursache unseres Unglücks (stürmischer Beifall bei der Mehrheit)‹. Juden seien die ›Träger der sexuellen Unmoral‹. Hinzu käme ihre ›maßlose Geldsucht‹. [...] ›Als gute «deutsche Deutsche» können wir nur Antisemiten sein.«

Prof. Dr. Ludwig Hermann Plate am 17./18.7.1923 (Mitschrift im Universitätsarchiv)²⁸

»Als ich beim Hitlerputsch am 9. November 1923 mich als Meldejunge der Lindauer SA betätigte, ließ sich meine Auffassung von den Juden ungefähr in folgenden Sätzen zusammenfassen: Ein Jude ist kein Deutscher und kann keiner sein; denn zwischen Juden und Deutschen besteht ein tiefer Wesensunterschied. Das Ideal der Juden ist der Händler, das unsrige der Held. Es besteht ein tiefer Unterschied zwischen schaffendem Kapital und raffendem Kapital. Es gibt kei-

²⁶ Ebda., S. 4.

²⁷ Pierre Broué, Oktober (Anm. 9), S. 60.

²⁸ Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850-1995. Hrsgg. von der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2009, S. 341.

ne jüdischen Bauern, Arbeiter, Soldaten. Das Judentum hat keine produktiven Genies hervorgebracht, seine Begabung ist einseitig der kritische Verstand darum hat es kein Gefühl für die germanischen Höchstwerte [...]. Das Wesen der Juden ist in der Ahasver-Legende ausgesprochen: sie sind heimatlos und international [...] sind darum schuld am Marxismus und am Dolchstoß vom November 1918.

Helmut Gollwitzer, sich an den Winter 1923 erinnernd²⁹

»Denn bereits im Jahre 1923 heißt es in einem so glaubwürdigen, weil entlegenen Zeugnis wie einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Bukarest, die aus Deutschland heimkehrenden siebenbürgischen Studenten trügen ›alle ihren Adolf Hitler im Herzen‹ [...]. Zwei Jahre vor ihrem Triumph im Reich erzielten die Nationalsozialisten auf dem deutschen Studententag in Graz 1931 eine einwandfreie Mehrheit; die Zeitungen waren in den nächsten Jahren voll von Berichten über Ausschreitungen und Übergriffe nationalsozialistischer Studenten, die linksgerichteten und jüdischen Professoren lärmend ihr Misstrauen kundtaten [...].«

Ernst Nolte, Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich, 1977³⁰

»Für den ›Preußenschlag‹ 1932 orientierte man sich am Vorbild der Reichsexekution gegen Sachsen 1923.«

Karsten Rudolph, Linke Republikaner als streitbare Demokraten, 2003³¹

»Warum überlebte die Republik 1923, während sie 1933 zusammenbrach?«

Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik³²

²⁹ Helmut Gollwitzer, Skizzen eines Lebens. Aus verstreuten Selbstzeugnissen gefunden und verbunden von Friedrich-Wilhelm Marquardt, Wolfgang Brinkel und Manfred Weber, Gütersloh: Chr. Kaiser 1998, S. 28-30 (die S. 29 besteht aus Fotos).

³⁰ Ernst Nolte, Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich, in: ders., Marxismus – Faschismus – Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964-1976, Stuttgart: DVA 1977, S. 136-152, hier S. 138 f.

³¹ Karsten Rudolph, Linke Republikaner als streitbare Demokraten – Gedanken zur mitteldeutschen Geschichte. Erich Zeigner, die SPD und der »deutsche Oktober«, in: Bayerlein u.a. (Hrsg.), Deutscher Oktober (Anm. 9), S. 65-78, hier S. 75.

³² Detlev Peukert, Weimarer Republik (Anm. 19), S. 9 f

»Warum hat die Republik [...] 1919 bis 1923 überlebt, die Krise von 1930 bis 1933 dann nicht mehr?«

Hans Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2008³³

³³ Hans Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München: C. H. Beck 2008, S. 408.

SACHSEN UND THÜRINGEN

»Das Jahr 1922 wurde in Thüringen zum Jahr der großen Reformen. Ihr Kernstück war die Schulreform des Volksbildungsministers Max Greil (USPD). Sie zielte auf die Entkirchlichung, Republikanisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens und erstrebte die Aufhebung der krassen sozialen Trennung im Bildungswesen. [...] Erstmals in Deutschland wurde die Ausbildung der Volksschullehrer universitär geregelt, die Prügelstrafe verboten, der Einfluss der Kirche in der Schule zurückgedrängt. Neue Lehrbücher und Lehrpläne sollten [...] den Einfluss der Arbeiterschaft zur Geltung bringen. Im Bereich der Personalpolitik unternahm die neue Regierung den Versuch, »nachzuholen, was die Revolution versäumt hatte«. Aufstiegsmöglichkeiten für Menschen aus der Arbeiterschaft und junge republikanische Beamte wurden geschaffen.«

Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg, 2011³⁴

»Der Ausgangspunkt der Zeignerschen Politik war allerdings nicht unberechtigt. Die sächsische Regierung war schon Ende 1922 den Durchstechereien auf die Spur gekommen, mittels derer sich rechtsgerichtete Organisationen in den Besitz geheimer Waffen gesetzt hatten, und sie hatte, je länger desto mehr Grund, sich darüber zu beschweren, dass die Reichswehr sie bei dem Kampf dagegen nicht unterstützte, sondern hinderte.«

Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik³⁵

»Auch vor stark emotionalisierten Feldern, wie dem Eingriff in den Festkalender, schreckte die Thüringer Regierung nicht zurück. Buß- und Betttag wurden durch den 9. November (Revolutionstag) und den 1. Mai [...] ersetzt. [...] Es war kein Zufall, dass sich das Bauhaus in dieser Atmosphäre wohlfühlte [...]. Gesetze über die Aufhebung der Standesvorteile des Adels und die Schaffung sozialer Beihilfen markierten den Einsatz für soziale Gerechtigkeit. In den Hauptfragen Schulreform, Verwaltungsreform und Abwehr der Reaktion stützte die KPD-

³⁴ Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg? – Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2011 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen/Kleine Reihe, 29), S. 162.

³⁵ Erich Eyck, Weimarer Republik (Anm. 11), S. 334.

Fraktion die Regierung ausdrücklich [...]. Tatsächlich kann man von einem ›Pakt der Arbeiterparteien sprechen, der bis zum Herbst 1923 hielt.«

Steffen Kachel, Ein rot-roter Sonderweg³⁶

»[...] Heinrich Mann auf der von der Reichswehr boykottierten Verfassungsfeier der sächsischen Regierung am 11. August 1923 in Dresden [...]: ›Soll die Reichsexekution vielleicht vorbereitet werden gegen solche Regierungen, die den Staat als freien Volksstaat verstehen möchten?«

Als das monatelang über der ›eigenwilligen‹ Landesregierung schwebende Damoklesschwert der Reichsexekution nach einem regelrechten Trommelfeuer des *Verbandes sächsischer Unternehmer*, der bürgerlichen Oppositionsparteien und der von Reichswehrminister Gessler³⁷ gedeckten Reichswehr niederfuhr und das Militär ›bei klingendem Spiel‹ die verfassungsmäßige Regierung am 29. Oktober 1923 auf Beschluss der Reichsregierung und nach Zustimmung des Reichspräsidenten abgesetzt hatte, wurde Zeigner selbst von weiten Teilen der eigenen Partei zur *persona non grata* gestempelt. Eine seltene Ausnahme bildete hierbei Hermann Molkenbuhr, der unter dem 2. November 1923 in sein Tagebuch notierte: ›Die [Reichs-] Regierung will scheinbar der Welt beweisen, dass sie auch Kraftmeierei treiben kann, und wählt sich als Angriffsobjekt den Staat, der eine der stärksten Stützen der Republik ist. Mit geradezu unbegreiflicher Tölpelhaftigkeit fällt sie über Sachsen her, weil dort die Kommunisten im Ministerium sitzen, die sich schon völlig abgewirtschaftet haben und sowieso in den nächsten Tagen aus ihren Ämtern verschwunden wären.«

Karsten Rudolph, Linke Republikaner als streitbare Demokraten³⁸

»Kommunistisch gesteuerte Unruhen in Sachsen und Thüringen boten den Demokratiegegnern in Bayern einen willkommenen Anlass, gegen die Reichsregierung mobil zu machen. In der irrigen Annahme einer revolutionären Massenstimmung unter den deutschen Arbeitern stellten in beiden Ländern die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten ›Proletarische Hundertschaften‹ auf. [...] Die Lage im gesamten Reichsgebiet erschien so explosiv,

³⁶ Steffen Kachel, Sonderweg (Anm. 34), S. 163.

³⁷ In dem Aufsatz wird der Name *Geffler* geschrieben. Gessler ist jedoch die gebräuchlichere Variante, und zwar vom Munzinger-Archiv bis zu wikipedia.

³⁸ Karsten Rudolph, Linke Republikaner (Anm. 31), S. 67.

dass die Reichsregierung am 26. September 1923 vorsorglich einen umfassenden Ausnahmezustand verhängte. Die Reichswehrführung rückte auf der Basis eines kühn ausgelegten Verfassungsartikels (48) in eine innenpolitische Schlüsselposition, nachdem die Zivilgewalt ihr einen Blankoscheck ausgestellt hatte. [...] Deutschland stand im Herbst 1923 einer potentiellen Militärdiktatur näher als der parlamentarischen Demokratie.«

Ulrich Kluge, *Die Weimarer Republik*, 2006³⁹

»Inzwischen erfuhr die innerdeutsche Lage eine unheilvolle Zuspitzung. In Norddeutschland und Bayern wurden die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg in aller Offenheit betrieben; in Sachsen und Thüringen übte der Linksradikalismus schon die Regierungsgewalt aus.«

Ferdinand Friedensburg, *Die Weimarer Republik*, 1959⁴⁰

»Politisch drohte [...] nach der Ansicht gemäßigter Sozialisten die Lage in Sachsen und Thüringen zu einer ernsten Gefahr zu werden, da vor allem in Sachsen bereits die Bildung bewaffneter proletarischer Hundertschaften in Angriff genommen wurde. Damit rückte die Revolution wieder in bedrohliche Nähe.«

Hans Herzfeld in einer Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums von 1967⁴¹

»Kommunistische Aufstände in Hamburg [...] und in Sachsen [...] ließen immer wieder Bürgerkriege aufflackern.«

Hans Herzfeld, *Broschüre*⁴²

»Inflation und Reichsexekutive führten der Klassenjustiz in Sachsen zahlreiche Opfer zu. Mit der Peitsche des Hungers und mit den Mitteln einer ungezügelter Soldateska war der Krieg *gegen das sächsische Proletariat im Herbst 1923* geführt

³⁹ Ulrich Kluge, *Die Weimarer Republik*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Schöningh 2006 (= UTB, 2805), S. 78.

⁴⁰ Ferdinand Friedensburg, *Die Weimarer Republik*, Hannover/Frankfurt am Main: Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel 1959 (= Goedelbuch, 103), S. 66.

⁴¹ Hans Herzfeld, *Die Weimarer Republik*, Bonn: Führungsstab der Streitkräfte 1967 (= Schriftenreihe Innere Führung/Beiträge zur Zeitgeschichte und Geschichte, 4), S. 92.

⁴² Ebd., S. 88.

worden. Die sächsische Sozialdemokratie, isoliert, im Rücken kommunistische Desperados, mitten in einer Orientierungskrise wegen der taktischen Einstellung der Partei, vermochte die ›Eroberung Sachsens‹ durch Truppenmassen, die sich über Recht und Verfassung hinwegsetzten, nicht aufzuhalten. Der Sieg des Bürgertums über den bis dahin rein sozialistisch regierten Freistaat Sachsen fand sogar seine Sanktion durch die *Mitbeteiligung von Sozialdemokraten* an einer Regierung, dem Koalitionskabinett Heldt, das seinem Wesen nach nur eine Regierung der Restauration des Bürgertums sein konnte. [...] In den letzten 1½ Jahren haben zahlreiche *Prozesse gegen Arbeiter* stattgefunden, die auf die geschichtlich abgeschlossenen Verhältnisse des Jahres 1923 zurückreichten.«

Aus einer zeitgenössischen Broschüre »Neun Monate sächsische Koalitionspolitik«⁴³

»Schlagzeilen wie die der ›Berliner Börsenzeitung‹ (»Sachsen die erste Sowjetrepublik«) erscheinen aber in einem anderem Licht, wenn man erfährt, dass das Schlagwort von der ›Sowjetrepublik Sachsen‹ bereits 1921 aufgekommen und seitdem nicht auszurotten war.«

Otto Wenzel, 1923⁴⁴

⁴³ Neun Monate sächsische Koalitionspolitik. Leipzig: Hermann Liebmann 1924, Seite 3 f. Die *Broschüre* findet sich im NL Paul Levi, Mappe 159, Friedrich-Ebert-Stiftung/Archiv der sozialen Demokratie. – Wenn nicht anders angegeben, sind Hervorhebungen, vor allem Kursivsatz, aus dem Original übernommen.

⁴⁴ Otto Wenzel, 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster: Lit-Verlag 2003 (= Diktatur und Widerstand, 7), S. 58.

GEWINNER UND VERLIERER

»Die Entrüstung, die im deutschen Volke durch den französisch-belgischen Ruhreinbruch entstanden war, rief einen entschlossenen Abwehrwillen hervor. Es entstand eine Stimmung, die an die der Augusttage des Jahres 1914 erinnerte, als die ehrliche Überzeugung bestand, eine Welt von Feinden hätte Deutschland überfallen.«

Michaelis/Schraepler (Hrsg.), Die Weimarer Republik, 1961⁴⁵

»Der ›Geist vom August 1914‹, den die Gewerkschaften nach dem Einmarsch der Franzosen in das Revier beschworen, ließ sich nicht wiederbeleben. Die Unternehmer nutzten vielmehr die Gunst der Stunde zu einem Generalangriff auf den Achtstundentag.«

Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, 1989⁴⁶

»1923 war das schwerste Krisenjahr der Weimarer Republik. [...] Mehr als sechs Millionen Menschen waren arbeitslos, nie zuvor und nie mehr danach waren es mehr in Deutschland.«

Mario Frank, Walter Ulbricht, 2001⁴⁷

»Aber bereits Ende 1922 begannen die Montanindustriellen, in Abstimmung mit dem Reichsarbeitsministerium, die Löhne der Bergleute abzubauen. Die wirtschaftliche Katastrophe, die mit der Hyperinflation begann, wurde so zur Geburtshelferin einer Stabilisierung, wie sie seit langem vor allem der Schwerindustrie vorgeschwebt hatte: einer grundsätzlichen Revision jener Zugeständnisse

⁴⁵ Herbert Michaelis/Ernst Schraepler (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923, Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler (1961) (= Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart – Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, 5), S. 2.

⁴⁶ Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1989 (dtv, 4511), S. 98.

⁴⁷ Mario Frank, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin: Siedler 2001, S. 66.

an die Arbeiterschaft, zu denen die Revolution von 1918/19 die Unternehmer genötigt hatte.«

Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933, 1998⁴⁸

»Die eigentlichen Gewinner der Geldentwertung 1923⁴⁹ wurden weniger die Unternehmer alten Stils als vielmehr eine neue Schicht voraussetzungsloser Freibeuter des Wirtschaftslebens, die sogar in einem Großunternehmer wie Stinnes gelegentlich einen Mitspieler hatten.«

Albert Schwarz, Die Weimarer Republik⁵⁰

»Hundertmarkschein! Wer reitet so spät durch Nacht und Wind! Meine letzte Flasche Wein habe ich neulich zu einer selbstverspottenden Feier darangegeben, als ich meiner Frau zum ersten Male den Betrag der französischen Kriegsentschädigung von 1871 als Haushaltsgeld aushändigte. Uns autofahrenden Städtern war der Tram der Armenwagen; heute gehen wir zu Fuß neben ihm her und sehen in den Insassen des Luxusvehikels breite Schieber [...]; wir begrüßen nette, hübsche Leute, die früher die Gewohnheit hatten zu baden und deren Dunstkreise wir anmerken, dass sie es nicht mehr tun.«

Alfred E. Hoche, Der Hundeschwanz, 1923⁵¹

»[...] schwierige Worte allerdings, die darauf stehen: Pfandbrief der Preußischen Zentralbodenkreditaktiengesellschaft – und das ist noch nicht einmal das längste; aber schönes, festes, glattes Papier, und reichlich zwei Pfund für 50.000 Mark [...]. Wohin mit all den vielen Scheinen? Einen Geldschrank besitze ich nicht; aber wozu auch; stehlen wird sie mir höchstens ein mittelloser Dichter, den die glatte Rückseite lockt, um mit klammen Fingern seine Verse darauf zu schreiben.«

Alfred E. Hoche, Mein Bankdepot, 1923⁵²

⁴⁸ Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München: C. H. Beck 1998, S. 183.

⁴⁹ Kursive Einfügung nicht im Original.

⁵⁰ Albert Schwarz, Weimarer Republik (Anm. 15), S. 100.

⁵¹ Alfred E. Hoche, Der Hundeschwanz (»Frankfurter Zeitung« vom 23.11.1923), in: ders., Aus der Werkstatt, München: Lehmanns 1935, S. 249-252, hier S. 250. Hoche spricht tatsächlich von »dem« Tram, während wir heute von »der« Tram reden, und geht demzufolge auch »neben ihm« her.

⁵² Alfred E. Hoche, Mein Bankdepot (»Frankfurter Zeitung« vom 29.11.1923), in: ders., Werkstatt (Anm. 51), S. 256-259, hier S. 258 f.

»Während Anfang 1923 auch Arbeiter noch jubelnd den aus kurzer französischer Haft zurückkehrenden Fritz Thyssen empfangen, zeichnete sich schon im Frühjahr ein Umschwung ab [...].«

Günter Hortzschansky, *Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren*, 1961⁵³

»Reichskanzler Stresemann selbst sprach aus, dass, wenn es nicht gelungen wäre, die Große Koalition zu schaffen, es zur proletarischen Einheitsfront gekommen wäre, ›und das wäre in dieser Situation das Ende des Staates und der Übergang zum Bolschewismus gewesen«. An anderer Stelle erklärte er, dass zur ›Beruhigung der Massen‹ die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung von großer Bedeutung war. Auch das Stinnes-Organ, die ›Deutsche Allgemeine Zeitung‹, begrüßte am 28. August 1923 ausdrücklich die Bildung der Großen Koalition.«

Günter Hortzschansky, *Der nationale Verrat*⁵⁴

»[...] die militärisch-schwerindustrielle Allianz, die sich im September 1923 vollends abzeichnete, zielte darauf ab, nicht nur die KPD auszuschalten, sondern vor allem den Achtstundentag und die tarifpolitischen Fesseln des Unternehmertums zu beseitigen. Das war nur möglich, wenn es gelang, die SPD aus der Regierung hinauszudrängen.«

Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit*, 1989⁵⁵

»Lenin ergriff die Macht 1917, Mussolini 1922, und Hitler scheiterte 1923 und war zehn Jahre später erfolgreich.«

François Furet an Ernst Nolte, 1999⁵⁶

⁵³ Günter Hortzschansky, *Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes*, Berlin: Dietz 1961, S. 147.

⁵⁴ Ebda., S. 224.

⁵⁵ Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, Berlin: Propyläen (1989) (= Propyläen Geschichte Deutschlands, 8), S. 155.

⁵⁶ François Furet/Ernst Nolte, »Feindliche Nähe«. *Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert – Ein Briefwechsel*, München: Herbig²1999, S. 33 f.

Die uferlose Geldentwertung des Jahres 1923 kam auch in der Satire an: »1923. *Der Postillon* sticht während der großen Inflation lästige Konkurrenzblätter durch Kampfpfeile aus, indem er für schlappe 923 Mark (Anfang August), 177.500 Mark (Ende August), 2,1 Millionen Mark (Anfang September) bzw. 320 Milliarden Mark (November) verkauft wird« (*Der Postillon. Ehrliche Nachrichten – unabhängig, schnell, seit 1845*, München: riva³2014, S. 190).

DAS DILEMMA DES REFORMISMUS

»Die Konstellation vom 3. Oktober 1923⁵⁷ lässt sich bis zu einem gewissen Grad verallgemeinern. Immer wieder stand die Weimarer Sozialdemokratie vor der Frage, welchem Prinzip sie den Vorrang geben sollte: der Verpflichtung gegenüber dem wesentlich von ihr geschaffenen Staat oder der Bindung an die eigene ›Basis‹. [...] Der zeitweilige Koalitionspartner der SPD, die Deutsche Volkspartei, stand keineswegs fest auf dem Boden des parlamentarischen Systems: Im Herbst 1923 arbeitete ihr von schwerindustriellen Interessen beherrschter rechter Flügel darauf hin, die Demokratie durch eine auf die Reichswehr gestützte ›nationale Diktatur‹ abzulösen. Und nicht nur die Kommunisten warfen der Sozialdemokratie vor, ihre ›Koalitionspolitik‹ sei Verrat am proletarischen Klasseninteresse; auch der linke Flügel der SPD, der nach der Wiedervereinigung im September 1922 wieder erstarkt war, hielt die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien in jedem Fall für bedenklich [...]. Tatsächlich war der Klassenkampf nicht nur ein linkes Schlagwort, sondern auch eine rechte Realität: Es gab Klassenjustiz, Klassenwissenschaft und Klassenkampf von oben.«

Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung, 1985⁵⁸

»Die Sozialdemokratie, 1918 contra voluntatem zur staatstragenden Partei geworden, verteidigte diesen Staat auch gegen die Arbeiterschaft [...]. Die Integration eines Großteils des Partei- und Gewerkschaftsapparates in die staatliche und kommunale Bürokratie entwickelte in der SPD ein abstraktes Staatsdenken, das jede politische Initiative lähmte und im Widerspruch mit der partei-offiziellen Aufrechterhaltung der marxistischen Terminologie stand.«

Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), 1965⁵⁹

⁵⁷ Winkler spricht in dem Satz zuvor von dem »typischen Dilemma« der Sozialdemokraten am 3.10.1923, »lieber die Große Koalition scheitern zu lassen als den Achtstundentag preiszugeben [...]. Sie sahen die Gefahr, dass aus der Krise des parlamentarischen Systems leicht eine ›nationale Diktatur‹ hervorgehen konnte. Aber eine andere Gefahr erschien ihnen größer: Stimme die SPD einer Verlängerung der Arbeitszeit zu, so drohten ein tiefes Zerwürfnis mit den Freien Gewerkschaften, massive Proteste der eigenen Mitglieder und eine Radikalisierung des Proletariats, die den Zulauf zu den Kommunisten verstärken musste.«

⁵⁸ Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin: Dietz ²1985 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts), S. 12 f. – Man beachte die etwas ungewöhnliche Periodisierung.

⁵⁹ Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am

DAS VERSAGEN DER KPD

»1922/23, auf dem Höhepunkt von Inflation und Ruhrkampf, herrschte unter den Arbeitern eine derart revolutionäre Stimmung, dass die Annahme (von A. Rosenberg [...] ⁶⁰), die Mehrzahl der deutschen Arbeiter habe im Sommer 1923 hinter der KPD gestanden, durchaus begründet erscheint; aber diese revolutionäre Stimmung fand bei keiner Partei, auch nicht bei der KPD, Widerhall.«

Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1981 ⁶¹

»Im Jahre 1923 waren die Verhältnisse vollkommen reif für den Sieg der proletarischen Revolution, aber die damalige Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, mit Brandler an der Spitze, hat den Sieg der Revolution verhindert.«

August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution?, 1931 ⁶²

Glan: Anton Hain 1965 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, 2), S. 4.

⁶⁰ Grebing zitiert hier: Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. Kurt Kersten, Frankfurt am Main: EVA ¹²1971, Seite 136. Rosenberg über die Chancen einer sozialistischen Revolution: »Es hat nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923.« Ebda., Seite 135. Und über die »Schuld« der Arbeiterparteien: »Es war die dritte große Niederlage der deutschen Arbeiterschaft seit dem 9. November, wenn man die Kämpfe vom Januar bis Mai 1919 als die erste rechnet, den Ausgang des Kapp-Putsches als die zweite und den Oktober 1923 als die dritte Niederlage. Die politische Verantwortung trägt jedesmal die Partei, die in der betreffenden Zeit den maßgebenden Einfluss in der deutschen Arbeiterschaft hatte, 1919 die SPD, 1920 die USPD, speziell ihr linker Flügel, und 1923 die KPD.« Ebda., S. 154.

⁶¹ Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag ¹¹1981 (= dtv, 647), S. 167.

⁶² August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? – Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin: Junius 1931, S. 3.

DER HAMBURGER AUFSTAND

»Der Hamburger Aufstand war ein tragisch-groteskes Finale zur revolutionären Nachkriegs-Krise, die genau fünf Jahre gedauert hatte: Vom Herbst 1918 bis zum Herbst 1923.«

Evelyn Anderson (i. e. Lore Seligman), *Hammer or Anvil*, 1945⁶³

»Im Krisenjahr der Weimarer Republik, zwei Wochen vor dem Hitler-Putsch am 8./9. November 1923, lösten die Kommunisten in Hamburg einen bewaffneten Aufstand aus, um in ganz Deutschland die Macht zu ergreifen. [...] Die Auswertung neuer Quellen macht deutlich: Der Aufstand war von langer Hand vorbereitet, und der Hamburger Ordnungspolizei gelang es nur unter großen Verlusten, eine zweite Revolution in Deutschland zu verhindern.«

Joachim Paschen, »Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt«, 2010⁶⁴

»Der Putschversuch Hamburger Kommunisten Ende Oktober 1923 war der ›gefährlichste von allen, die in der deutschen Republik je unternommen worden sind‹. Gefährlicher als der Kapp-Putsch, der Mitte März 1920 die Reichsregierung für mehrere Tage aus Berlin vertrieb, und gefährlicher auch als der Hitler-Putsch, der am 9. November 1923 weltweites Aufsehen erregte!«

Joachim Paschen, »Wenn Hamburg brennt«⁶⁵

»Der erste Gedanke, den man mit den Begriffen ›Aufstand‹ und ›1923‹ verbindet, führt einen unweigerlich zum so genannten ›Hitler-Putsch‹, der am 9. November an der Münchener Feldherrenhalle sein unrühmliches Ende nahm. Grund dafür mag sein, dass dieser erste gescheiterte Machtergreifungsversuch des späteren Diktators im Schulunterricht, in der Literatur und in den Medien ausgiebig unter die Lupe genommen wurde und wird. Dass exakt an jenem 9. November auch der Startschuss für die kommunistische Revolution in Deutschland fallen

⁶³ Evelyn Anderson, *Hammer oder Amboss*. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg: Nest o. J., S. 136. – Zur Entschlüsselung des Namens siehe www.nikolaus-brauns.de/Blutmai.htm <2.1.2014>.

⁶⁴ *Klappentext* bei Joachim Paschen, »Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt«. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang 2010.

⁶⁵ Ebd., S. 9. Zitat im Zitat: »Deutsche Allgemeine Zeitung« vom 30.1.1925.

sollte, ist jedoch nur den wenigsten bekannt. Der ›Deutsche Oktober‹ ist in der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl er einige Parallelen zum ›Hitler-Putsch‹ aufweisen kann und ebenfalls gründlich misslang, gewissermaßen ein ›Nichtereignis‹ der Weltgeschichte.«

Stefan Schusterbauer, Der »Deutsche Oktober« und die Politik der KPD im Krisenjahr 1923, 2007⁶⁶

»Der Hamburger Aufstand – den Mallmann zu Recht als eine Groteske bezeichnet – [...] diente Kommunisten ebenso wie ›Antikommunisten‹ als Beweis für die politische Gefährlichkeit der KPD. Wenn er noch rechtzeitig abgesagt worden wäre, wäre das gesamte Desaster kommunistischer Politik offenbar geworden. Die einvernehmliche Entscheidung des KPD-Zentralausschusses vom 3. November 1923, den Aufstand in Hamburg alles andere überstrahlen zu lassen, deckte darüber hinaus die Entscheidung Gustav Stresemanns und Friedrich Eberts, gegen das von einer sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition regierte Sachsen die Reichsexekution zu verhängen, womit der linksrepublikanische Weg, den Sachsen, Thüringen und Braunschweig nach dem Kapp-Putsch beschritten hatten, definitiv blockiert wurde.«

Karsten Rudolph, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, 1996⁶⁷

⁶⁶ Stefan Schusterbauer, Der »Deutsche Oktober« und die Politik der KPD im Krisenjahr 1923. Ein Revolutionsversuch und sein Scheitern, Braunschweig 2007, E-Book, S. 4. Siehe: www.beck-shop.de/Schusterbauer-Deutsche-Oktober-Politik-KPD-Krisenjahr-1923/productview.aspx?product=10761356 <23.5.2014>.

⁶⁷ Karsten Rudolph, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1996) S. 484-519, hier S. 485.

KAMPF GEGEN RECHTS

»Der rückschauende Beobachter sieht, dass der politische Inhalt der Arbeiterkämpfe von 1919, 1920, 1922 und 1923, die manchmal unter der Losung des Kampfes für den Sozialismus geführt wurden, tatsächlich aus den elementarsten demokratischen Forderungen bestand: Auflösung der militaristischen und faschistischen Verbände, Reinigung der Justiz und des Staatsapparates von den reaktionären Feinden der Demokratie, Verteidigung der 1918 errungenen Volksrechte. Eine sehr geschickte Propaganda der deutschen Imperialisten stempelte solche Lebensforderungen der Demokratie zur ›bolschewistischen Gefahr‹ (eine Methode, die in allen Ländern üblich wurde).«

Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation*, 1945⁶⁸

»Der Weg zu einer gemeinsamen Front, wie sie dann die letzten Jahre der Ersten Republik mitbestimmt hat, blieb stets gangbar [...]. Außerdem gab es 1923 ein Land, wo die beiden ›nationalen‹ Lager in enger Umarmung verblieben, wo Konservative und Völkische weiterhin einträchtig und immer offener am Sturze der Republik arbeiten konnten und auch arbeiteten. Und das war natürlich die ›Ordnungszelle‹, das war Bayern.«

Helmut Heiber, *Die Republik von Weimar*, 1971⁶⁹

⁶⁸ Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Mexiko: El Libro libre 1945, S. 216.

⁶⁹ Helmut Heiber, *Die Republik von Weimar*, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1971 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 3), S. 126 f.

STAATSPHILOSOPHIE UND HISTORIOGRAPHIE

»Dass es gelingen werde, die sichtbaren Beschädigungen der Niederlage von 1918 zu beseitigen, dies war die Hoffnung, die die Historikerzunft in besonderem Maße mit dem Nationalsozialismus verband. [...] Befangen in den tradierten politischen Denkkategorien von nationaler Schmach und Ehre stand Polen ganz oben auf der Liste des Revisionsbegehrens. Die Auseinandersetzung mit dem polnischen Nachbarn musste die endgültige Liquidierung des verhassten Friedensvertrages zum Ziel haben. Bereits in *Hallers* 1923 erstmalig erschienenem Buch *Die Epochen der deutschen Geschichte*, das bis heute eine Verkaufsaufgabe von rund 200.000 Exemplaren hat, steht vor geschichtlichem Hintergrund der Satz: »Polen denken wir uns mit Recht als den Erbfeind der Deutschen im Osten«, ergänzt durch eine sinngleiche Charakterisierung Frankreichs bezüglich des Westens. Diese Formel von der polnischen bzw. französischen Erbfeindschaft bildete die breiteste Plattform wechselseitiger Akzeptanz von NS-Regime und deutscher Historikerzunft.«

Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek, *Verwandlungspolitik*, 1998⁷⁰

»Aber auch der [...] deutsche Althistoriker Ulrich Wilamowitz-Moellendorff erlaubte sich 1923 in einem Vortrag in Düsseldorf zum Thema »Griechen und Germanen« eindeutige Anspielungen auf die französische Besatzungspolitik, weil er fürchtete, die Deutschen könnten zum »Kulturdünger für ein anderes Volkstum« absinken. Aus der Generation der »Geheimrats-Historiker« (darunter sind alle Historiker bis zum ersten kriegsgezogenen Geburtsjahrgang 1879 zu verstehen) lassen sich darüber hinaus an dieser Stelle anführen: Johannes Haller (Tübingen), Justus Hashagen (Köln), Hans Delbrück (Berlin), allen anderen aber voran Hermann Oncken (Heidelberg/München).« Oncken »drängten sich aus seiner Sicht historische Analogien zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Versailler Nachkriegsordnung mit der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und seinen Folgen geradezu auf.«

Gerd Krumeich/Joachim Schröder, *Der Schatten des Weltkriegs*, 2004⁷¹

⁷⁰ Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek, *Verwandlungspolitik*. NS-Eliten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main/New York: Campus 1998, S. 288.

⁷¹ Gerd Krumeich/Joachim Schröder, *Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen: Klartext 2004 (= *Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens*, 69), Seite 29 f.

ES ERSCHIEN 1923⁷²

Sigmund Freud, Das Ich und das Es
Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein
Rosa Luxemburg, Briefe an Karl und Luise Kautsky
Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich
Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus
Carl Schmitt, Römischer Katholizismus und politische Form
Max Weber, Wirtschaftsgeschichte

Johannes R. Becher, Maschinenrhythmen
Hans Franck, Die Südseeinsel
Gerhart Hauptmann, Phantom. Aufzeichnungen eines ehemaligen Häftlings
Richarda Huch, Michael Bakunin
Franz Jung, Die Eroberung der Maschinen
Thomas Mann, Von deutscher Republik
Hans Ringelnatz, Turngedichte
Joseph Roth, Das Spinnennetz
Felix Salten, Bambi. Eine Lebensgeschichte aus dem Walde
Ina Seidel, Sterne der Heimkehr
Ludwig Thoma, Münchnerinnen
Hermann Unger, Die Verstümmelten
Jakob Wassermann, Der tolle Bomberg
Franz Werfel, Verdi
Arnold Zweig, Söhne
Stefan Zweig, Amok

Uraufgeführt: Bertolt Brechts »Baal« und Ernst Tollers »Hinkemann«

⁷² Die Leseliste. Zusammengestellt von Sabine Griese, Hubert Kerscher, Albert Meier und Claudia Stockinger, Stuttgart: Reclam 2002 (= Universal-Bibliothek, 8900); Herbert A. Frenzel/Elisabeth Frenzel, Chronologischer Abriß der deutschen Literaturgeschichte. Bd. II, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag ¹1964 (= dtv, 54); Frank Rainer Max/Christine Ruhrberg, Romanlexikon. Bde. 3 und 4, Stuttgart: Reclam 1999 (= Universal-Bibliothek, 18003 und 18004); Werner Stein, Kulturfahrplan. Die wichtigsten Daten der Kulturgeschichte von Anbeginn bis 1963, Stuttgart/Hamburg: Deutscher Bücherbund o. J.; Dietrich Struss, Das war 1923. Fakten, Daten, Zahlen, Schicksale, München: Heyne 1983 (= Heyne-Jahgangsbücher, 7214); und eigene Recherchen.

Mit den Bestsellern der Jahre 1923 ff. beschäftigte sich Hans Sahl: »Das deutsche Volk liest weniger Thomas Mann oder Hermann Hesse als die von Rassenwahn und Revanchekriegsgedanken verzerrten Elaborate einer Blut- und Bodenromantik [...]. Tief unten auf dem Boden der deutschen Gesellschaft schlummern Instinkte, die darauf warten, an die Oberfläche zu kommen [...].« In seinem mehrteiligen Feuilletonbeitrag »Klassiker der Leihbibliothek« setzt sich Sahl mit Rudolf Herzog, Richard Skowronnek, Rudolf Stratz, Ludwig Wolff und Fedor von Zobeltitz auseinander⁷³.

⁷³ Hans Sahl, *Der Mann, der sich selbst besuchte. Die Erzählungen und Glossen*, München: Luchterhand 2012, das Zitat auf S. 194 f.

DIE BILANZ EINES JAHRES

»Im Herbst 1923 ging auch die Phase einer zeitweisen Annäherung von Teilen der SPD und der KPD endgültig zu Ende. Dazu war es zweimal gekommen: im März 1920 [...] und im Oktober 1923.«

Klaus Schönhoven, Reformismus⁷⁴

»Bis Ende 1923 ist die kommunistische Gefahr die wichtigste und immer aktuelle Sorge. Aber von Jahr zu Jahr wird offenkundiger, dass der Feind eigentlich rechts steht.«

Waldemar Besson, Friedrich Ebert⁷⁵

»Denn die Niederlage der deutschen Arbeiter im Oktober 1923 und die – relative – Stabilisierung des Weltkapitalismus nach dem Dawes-Plan 1924 hatten die revolutionäre Situation in Europa deutlich für einen langen Zeitraum beendet [...].«

Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, ²1968⁷⁶

»Mit dem Ende der Inflation im Herbst 1923, mit dem Stopp der Notenpresse und der Einführung der Rentenmark, ist der Taumel vorüber [...]. Aber die Währungssanierung wird mit der Verarmung einer ganzen Schicht erkaufte. Das bürgerliche Rückgrat des deutschen Nationalstaats, durch die Kriegsniederlage bereits angeknackst, ist endgültig gebrochen. Die große Mehrheit des Mittelstands will fortan mit der demokratischen Republik [...] nichts mehr zu tun haben. Ein weites Feld für Demagogen und Propheten, für Führer und Verführer tut sich auf.«

Hagen Schulze, Gesellschaftskrise und Narrenparadies, 1993⁷⁷

⁷⁴ Klaus Schönhoven, Reformismus (Anm. 46), S. 100.

⁷⁵ Waldemar Besson, Friedrich Ebert (Anm. 20), S. 78.

⁷⁶ Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin: De Gruyter ²1968 (= Sammlung Götschen, 1205/1205a), S. 237.

⁷⁷ Hagen Schulze, Gesellschaftskrise und Narrenparadies, in: Ulrich Linse, Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre, Berlin: Siedler 1993, S. 9-20, hier S. 18.

Gravierender Unterschied, aber ähnlicher Befund: Während für die Historiographie der DDR das Jahr 1923 als konstitutiv für den sozialistischen deutschen Staat empfunden wurde und von daher auf ein breites Forscherinteresse hoffen konnte, blieb es im Westen eher unbeachtet, zumal das Interesse an Arbeitergeschichte eher gering war, sieht man von der historischen Sozialwissenschaft ab, die an westdeutschen Universitäten mit einiger Verspätung ankam⁷⁸ und als Bielefelder Schule bekannt wurde, für die lange Jahre die Geschichtswissenschaftler Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka standen.

Gleichwohl war die Bilanz, ob sie nun von Walter Fabian 1930, Erich Eyck Mitte der 1950er-Jahre oder Peter Zolling im nunmehrigen 21. Jahrhundert kam, ob es sich um die marxistische oder die nichtmarxistische Lesart handelte, insofern gleich, als das Jahr 1923 Höhepunkt oder auch Abschluss der die Weimarer Demokratie begründenden nachrevolutionären Zeitperiode und im Übrigen ein aufregendes Jahr gewesen ist – eine Bühne für politische Auseinandersetzungen, deren Ausgang ungewiss war.

In der diesem Jahr folgenden Dekade, im allgemeinen als Periode der Stabilisierung oder der relativen Stabilisierung bezeichnet⁷⁹, bemühten sich die Historiker, die »Lehren« aus den Kämpfen jener Jahre zu ziehen, wobei sie zu Ergebnissen kamen, die bis auf den heutigen Tag Eingang in die Literatur gefunden haben.

Arthur Rosenberg über die Defizite von SPD und KPD

Einer der profiliertesten Köpfe unter den Zeitgenossen war Arthur Rosenberg, der einen Teil der bundesdeutschen Historiographie in den 1950er- und 1960er-Jahren beeinflusst hat. In seiner Sicht hat es zwar »nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution

⁷⁸ Georg G. Iggers, *Neue Geschichtswissenschaft. Vom Historismus zur historischen Sozialwissenschaft: ein internationaler Vergleich*, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1978 (= dtv Wissenschaftliche Reihe, 4308), S. 7.

⁷⁹ Winklers Standardwerk als Beispiel: »Von der Revolution zur *Stabilisierung*. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924«, Berlin: Dietz ²1985. Es ist exakt der Zeitraum, für den Weber und andere die Stalinisierung der KPD ansetzen, vgl. Hermann Weber, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933*, Düsseldorf: Droste 1981 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/3. Reihe: Die Weimarer Republik, 6), S. VII-CXXIX, hier S. VIII f.

so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923⁸⁰, aber er stellt der SPD wie der KPD ein vernichtendes Zeugnis aus: Die von ihm konstatierte revolutionäre Stimmung stieß bei den politischen Parteien auf kein Echo: »Weder die SPD noch die KPD zeigten den ernstesten Willen, an der Spitze der Massen die Macht zu übernehmen und das verhasste kapitalistische System durch eine sozialistische Neuordnung zu ersetzen.«⁸¹

Es ging ihnen ähnlich wie 1920, als sämtliche Arbeiterparteien und Gewerkschaften den Aufrührer Kapp mit einem Generalstreik zur Kapitulation zwangen, sich aber als unfähig erwiesen, den Weimarer Staat »politisch neu aufzubauen«, »und so endete der Kapp-Putsch in Wirklichkeit nicht mit einer Niederlage des Militärs, sondern der Arbeiterschaft«⁸². Rosenberg wirft in diesem Zusammenhang der USPD vor, sich einer parlamentarischen Koalition für eine »Arbeiterregierung« mit der SPD versagt zu haben.

Die Chancen blieben ungenutzt, meint jedenfalls der habilitierte Althistoriker, der zeitweise der USPD und ab 1920 der KPD angehörte, die er aber Mitte der 1920er-Jahre wieder verließ. Auch die »christlichen Arbeiter«⁸³ waren bereit, sich einem Block für die Verteidigung der Demokratie und gegen die alten militärischen Machthaber anzuschließen⁸⁴. Rätedemokratische Vorstellungen lebten fort, konnten sich jedoch gegen die etablierten Ideen in den Arbeiterparteien nicht durchsetzen.

Wie sollten nun die Weichen im »Schicksalsjahr« 1923 gestellt werden? Was hatten die SPD und die KPD, die beide in der Zwischenzeit die USPD beerbt hatten, politisch anzubieten? Was war ihr Programm?

Die SPD vor immer wieder derselben Frage

»Immer wieder stand die Weimarer Sozialdemokratie vor der Frage, welchem Prinzip sie den Vorrang geben sollte: der Verpflichtung gegenüber dem wesentlich von ihr geschaffenen Staat oder der Bindung an die eigene ›Basis‹, schrieb Heinrich August Winkler – und fuhr fort: »Was es großen Teilen der Parteimit-

⁸⁰ Arthur Rosenberg, Republik (Anm. 60), S. 135.

⁸¹ Ebda.

⁸² Ebda.

⁸³ Die Gewerkschaften der Weimarer Republik gliederten sich in so genannte freie Gewerkschaften (den ADGB und den AfA-Bund), christliche Organisationen (den DGB) und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (Anm. des Verfassers).

⁸⁴ Arthur Rosenberg, Republik (Anm. 60), S. 97.

gliedschaft schwer machte, sich im Staat von Weimar wiederzuerkennen, hing aufs engste mit dem Ausgang der Revolution von 1918/19 zusammen: Sie hatte nicht das gebracht, was sich die Arbeiterschaft erhofft hatte.«⁸⁵

Eine »Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten« wäre aber die Voraussetzung einer »Arbeiterregierung« gewesen⁸⁶, wie sie denn auch im Herbst für ein paar Wochen zustande kam, wenn auch nicht im Reichsmaßstab, so doch jeweilig in den Ländern Sachsen und Thüringen.

Vor allem im »roten Königreich« Sachsen, das diesen Namen bei der Reichstagswahl 1903 erhielt, als 22 von 23 Wahlkreisen an die SPD fielen⁸⁷, war der linke Flügel sehr stark und ausschlaggebend. Die sozialdemokratischen Landespolitiker besetzten politische Positionen, die »später unter dem Begriff ›Demokratischer Sozialismus‹ lose zusammengefasst« wurden⁸⁸. Sie waren darauf aus, die Weimarer »Republik in ihrer schweren sozialen und politischen Nachkriegskrise energisch gegen ihre Feinde von rechts mit dem Versuch zu verteidigen, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überbrücken«⁸⁹.

Der Traum von der Bebel'schen Sozialdemokratie

Es war der Traum der alten, einheitlichen und noch nicht über der Frage der Zustimmung oder Ablehnung der Kriegskredite gespaltenen SPD. Der Traum auch einer Annäherung oder Wiederannäherung von SPD und KPD. Vor allem in der Bildungspolitik, in der Frage einer Republikanisierung des Beamtenapparats und in einem beharrlichen Kampf gegen die schwarze Reichswehr profilierten sich linke Sozialdemokraten, oft genug von den KPD-Fraktionen in den beiden Landtagen unterstützt.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Kommunisten differenziert zu betrachten. Klaus Kinner hat dagegen polemisiert, die Kommunistische Partei Deutschlands, die auch ihrem Selbstverständnis nach eine Gliederung der Ko-

⁸⁵ Heinrich August Winkler, *Stabilisierung* (Anm. 58), S. 12.

⁸⁶ Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale* (Anm. 4), S. 305.

⁸⁷ Walter Fabian, *Klassenkampf* (Anm. 25), S. 15.

⁸⁸ Beate Häupel, *Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918-1923, Weimar/Köln/Wien: Böhlau 1993, zit. nach: Karsten Rudolph, Linke Republikaner* (Anm. 31), S. 72.

⁸⁹ Karsten Rudolph, *Linke Republikaner* (Anm. 31), S. 73.

mintern war⁹⁰, als wesentlich fremdgesteuert anzusehen. Der deutsche Kommunismus »hat eigenständige Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung« und ging wie der entstehende Weltkommunismus von der Prämisse aus, die nicht nur Kommunisten als »durchaus realistisch« erschien, dass nämlich »der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde«⁹¹.

»Einheitsfront oder Aufstand«

Im Jahre 2003 ist ein von namhaften Wissenschaftlern herausgegebenes und mit einem Vorwort des »Doyens« der bundesdeutschen Kommunismus-Forschung, Hermann Weber, versehenes Buch über den »Deutschen Oktober 1923« erschienen⁹², das eine Reihe von Dokumenten aus sowjetischen Quellen enthält, die bisher der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Das hat jedoch zur Folge, dass die binnendeutsche Entwicklung nur gestreift und – was schwerer wiegt – teilweise falsch dargestellt wird⁹³.

So schreibt Weber: »Bis 1923 schwankte die KPD zwischen einer Politik der Einheitsfront mit den übrigen Arbeiterorganisationen einerseits und Aufstandsversuchen andererseits.«⁹⁴ Nach kommunistischem Selbstverständnis waren aber gemeinsame Aktionen von Arbeiterparteien und Gewerkschaften einerseits und die Vorbereitung auf die geradezu zwangsläufig erfolgende Revolution andererseits zwei Seiten einer Medaille.

⁹⁰ Im Briefkopf der Zentrale hieß es: »Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)«.

⁹¹ Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität – Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin: Karl Dietz 1999 (= Geschichte des Kommunismus und des Linkssozialismus), S. 11.

⁹² Bayerlein u.a. (Hrsg.), Deutscher Oktober (Anm. 9).

⁹³ Ulrich Eumann hat sich auf seiner Internetseite ausführlich mit dem Werk befasst, dessen Herausgebern er nicht nur eine schlechte Übersetzung der Dokumente ins Deutsche zur Last legt. Siehe www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/rezensionen.html <11.1.2014>.

⁹⁴ Hermann Weber, Vorwort, in: Bayerlein u.a. (Hrsg.), Deutscher Oktober (Anm. 9), S. 19-34; hier S. 21.

Resümee des 1. Kapitels

Es hat am Ende des »Scharnierjahres« 1923 zweifellos Sieger und Verlierer gegeben. Eine Arbeiterregierung, die auch begrifflich für eine Vollendung der Novemberrevolution, für einen rätesozialistischen Wandel gestanden hätte, kam nicht zustande – in zwei Ländern nur für eine sehr kurze Zeit, im Reichsmaßstab gar nicht. Im Ergebnis einer beispiellosen Inflation und eines Werteverfalls ohnegleichen befand sich die organisierte Arbeiterbewegung in der Defensive, wofür die faktische Aufhebung des Achtstundentages, für viele Arbeiter *das* Ergebnis der Novemberrevolution, die im Folgejahr auch formale vollzogene Auflösung der 1918 gebildeten Zentralarbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften⁹⁵, aber auch die katastrophalen Verluste der SPD bei den Reichstagswahlen 1924 beispielhaft stehen.

In den nächsten Jahren sollten sich die Bruderkämpfe zwischen einer linksradikalisierten KPD und der SPD, deren sozialistische Flügel radikal gestützt waren, verschärfen. Sie werden zum Normalzustand.

STICHWORT

Arbeiterregierung

Die Idee einer Arbeiterregierung propagierte 1920 der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches, die aber dann in erster Linie an der ablehnenden Haltung der USPD scheiterte. »Eine solche Arbeiterregierung, die damals durchaus möglich war, hätte vielleicht die Armee und Verwaltung Deutschlands wirklich

⁹⁵ Streng genommen wurde die ZAG nie aufgelöst, doch trat der ADGB formell 1924 aus – das faktische Ende. – Für die Arbeiterschaft war die *Arbeitsgemeinschaft* eher eine *Zwangsjacke*: Geheimrat Ernst von Borsig hielt auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der ZAG am 27.11.1923 bei Anwesenheit des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart ein flammendes Plädoyer für die Zentralarbeitsgemeinschaft, die man, würde sie »jetzt« aufgelöst, »in späterer Zeit, gegebenenfalls über den Kopf der Gewerkschaften hinweg, wieder ins Leben« rufen müsse. Siehe: Jens Flemming/Claus-Dieter Krohn/Dirk Stegmann/Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Die Republik von Weimar*. Bd. 2: *Das sozialökonomische System*, Königstein/Taunus: Athenäum 1979 (= Athenäum/Droste Taschenbücher Geschichte), 245. Die Bilanz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fiel bereits 1919 naturgemäß anders aus, siehe ebda., S. 241.

demokratisieren und so die rückläufige Entwicklung der Revolution aufhalten können«, urteilte 1935 Arthur Rosenberg⁹⁶.

Der ADGB-Vorsitzende spielte jedoch ein doppeltes Spiel, wie jedenfalls Heinrich Potthoff betont hat: »Legiens Politik in der Kapp-Putsch-Zeit zielte vorrangig auf eine friedliche Rückkehr zu geordneten Zuständen. Das Stichwort ›Arbeiterregierung‹ erfüllte dabei einen doppelten Zweck. Es wurde von ihm immer dann ins Gespräch geworfen, wenn er mit Vertretern der USPD und Repräsentanten des linken Gewerkschaftsflügels zusammentraf und er zugleich Druck auf die bisherige Regierungskoalition ausüben wollte. Gegenüber der mobilisierten Arbeiterschaft und den starken Linksgruppen in der Streikfront diente es als Auffangbecken zur Abwehr einer ›revolutionären‹ Arbeiterregierung und zur Integration der Gewerkschaftsopposition wie der Unabhängigen.«⁹⁷

Die Arbeiterregierung in Sachsen und die Arbeiter- und Kleinbauernregierung in Thüringen bildeten am 10. und am 16. Oktober SPD und KPD. In der Thüringer Vereinbarung wurden die »Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen den Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur« als Aufgabenstellungen genannt⁹⁸. Die Konzeption einer Arbeiterregierung übte sogar ihre Faszination bis in Kreise der politisch rechten Parteien und Gruppierungen aus⁹⁹, die im Kontext des »Schlageter-Kurses« zeitweilig eine Annäherung an die KPD vornahmen.

⁹⁶ Arthur Rosenberg, Republik (Anm. 60), S. 98. Vgl. Evelyn Anderson, Amboss (Anm. 63), S. 111.

⁹⁷ Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf: Droste 1979 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 66), S. 277 f.

⁹⁸ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Bd. 3: 1917-1923, Berlin: Dietz 1966, S. 424. Die gesamte sozialdemokratisch-kommunistische Vereinbarung als Dokument ebda., S. 664-666.

⁹⁹ Der »Nationalrevolutionär« Klaus Eichen gab die Losung aus: »[...] lieber ein Vaterland, das als bolschewistisch gehasst, gefürchtet und geachtet wird, denn eines, das die ganze Welt verachtet ..., lieber gar gleichberechtigter Genosse des Straßenräubers, als der Lakai des eigenen Henkers«. Lieber eine bolschewistische Arbeiterregierung mit Radek und Brandler als eine neudeutsche Monarchie von Gnaden Hitlers und Poincarés«. Siehe Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart: W. Kohlhammer 1960, S. 163.

2. Kapitel

Die »Stunde Nichts«

»Dies ist die weltgeschichtliche Stunde, da die deutsche Frage wirklich und endlich – zur Befriedigung Deutschlands und Europas – gelöst werden kann, wenn man die Einsicht und die Energie aufbringt, die kurze Spanne, da alles im Fluss ist, auszunutzen. Was in den kommenden Monaten versäumt werden sollte, so fürchten wir, wird nicht wiedereinzubringen sein.«

Wilhelm Röpke¹

Die Ereignisse und geschichtspolitischen Deutungen der 1950er-Jahre in Ost und West sind nur vor dem Hintergrund der unmittelbaren Nachkriegszeit verständlich. Wer eine integrierte Geschichte der beiden deutschen Staaten schreiben will, kommt nicht daran vorbei, die »Chance zum Neubeginn«, die 1945 den »Endpunkt von Krieg und Katastrophe« bildete, als Referenzpunkt für beide deutsche Staaten zu nehmen.

In Zukunft musste Geschichte »Austragungsort der Systemkonkurrenz von hoher Relevanz« werden »nicht nur aus dem Blickwinkel der DDR, die sich im Sinne vorgeblicher historischer Gesetzmäßigkeiten als das »bessere Deutschland« wählte«².

¹ Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach/Zürich: Eugen Rentsch 1945, S. 221, leicht verfremdet zit. nach: Frankfurter Hefte 1 (1946) H. 1, S. 24. Bei Röpke heißt es: »Wir stellen an die Spitze den Satz, dass dies die weltgeschichtliche Stunde ist [...]«. Der Rest ist dann wie im Zitat oben.

² Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing, Asymmetrisch verflochten? – Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Asymmetrisch verflochten? – Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft), S. 11-17, hier S. 14.

Wie gehen wir vor?

Wie gehen wir also vor? Für Historiker stand am Beginn der Wiederbegründung ihrer Wissenschaft die Neukonstituierung des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD), ein durchaus gesamtdeutscher Vorgang.

Sie vollzog sich von Anfang an unter einer dezidiert antikommunistischen Stoßrichtung, zu personifizieren etwa am letztlich erfolgreichen Versuch eines Hermann Heimpel, den Marxisten Walter Markov auszugrenzen, der seinerseits, allerdings erfolglos, der Monopolisierung der die Historiographie der späteren DDR prägenden, sich auf Karl Marx und Friedrich Engels, aber auch Wladimir Iljitsch Lenin berufenden Methode im östlichen Deutschland deutlich entgegentrat.

Doch es herrschte – je mehr Zeit verstrich, um so prägender – der Kalte Krieg, in dem die hoffnungsvollen Ansätze, die auf einen christlichen Sozialismus zielten, quasi kaltgestellt wurden: Im Osten, wo sich die »blaue« Phase der FDJ ins Tiefrote drehte, und im Westen, in dem die »deutschen Ideen von 1914« wiederauferstanden.

Eine Sonderrolle spielte für eine gewisse Zeit die ideologisch, politisch und kulturell massiv umworbene alte deutsche Hauptstadt.

Der VHD in der Wiedergründung

Die Würfel waren schnell gefallen, der Verband der Historiker Deutschlands stand unter der Leitung des streng konservativen Geschichtswissenschaftlers Gerhard Ritter, der einen betont antimarxistischen Kurs fuhr.

Aus den USA erreichte ihn nach seiner Wahl die Gratulation des Fachkollegen Ralph H. Lutz, der seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, die Berufung Ritters werde die Wiedereingliederung des VHD in die Internationale Historiker-Kommission befördern.

Lutz wies auch gleich die Richtung an, in der die Entwicklung zu verlaufen habe, indem er seiner »ernsten Besorgnis« über den Propagandafeldzug der UdSSR Ausdruck verlieh und eine (west-) »europäische Integration« anmahnte³.

³ »[...] your election should be gratifying to the historians beyond the German borders, particularly in England, France, and America.« Die Wahl eröffne die Möglichkeit der »integration [...] into the International Historical Congress which is to meet in Paris in 1950. [...] if I did

Das Schreiben schickte Ritter am 8. November 1949 unmittelbar nach einer Reise, die ihn nach Großbritannien geführt hatte, abschriftlich an seine Vorstandskollegen Hermann Aubin, Joseph Vogt und Hermann Heimpel sowie an Herbert Grundmann.

Zuvor hatte er während eines weiteren Auslandsaufenthalt, diesmal in Monaco, feststellen müssen, dass der »Widerstand des Auslands, auch z. B. der Skandinavier, gegen die weitere Zusammenarbeit mit den deutschen Historikern doch sehr stark gewesen« sei und nur »mühsam überwunden« hatte werden können⁴.

In einem Schreiben vom selben Tag informierte Ritter seine Vorstandskollegen darüber, dass er »der Militärregierung und auch in Paris als ein erbitterter Feind Frankreichs und gefährlicher Nationalist bekannt«⁵ sei.

Indes gelang es ihm, erfolgreich hier und da den Eindruck zu erwecken, er sei kein Parteigänger des Naziregimes gewesen, sondern habe sogar in Opposition zu ihm gestanden: »Wenn diese Widerstände zuletzt doch überwunden wurden, sowohl innerhalb der UNESCO, wo sie besonders zäh waren, wie innerhalb des Comité International des Sciences Historique, so scheint das mehr,⁶ als ich geglaubt hätte, dadurch erleichtert zu sein, dass ich als ›Widerstandskämpfer‹ gewertet werde und damit als Garant einer antinazistischen Haltung der neuen deutschen Historie erscheine.«

Heimpel: Wo bleibt die Toleranz gegenüber Percy Ernst Schramm?

Schwierigkeiten, den Platz der Deutschen in einem nach- und antifaschistischen Wissenschaftsdeutschland zu bestimmen, stellte auch Hermann Heimpel unter Beweis.

not point out my serious concern over the historical propaganda of the Soviet Union, and of the urgent necessity of developing in the west a movement for a European integration.« Akten des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD), ehemals Göttingen, zur Zeit an der Universität Trier, Ordner Korr. 1a/1949.

⁴ Brief Ritters vom 16. Juni 1949, ebda.

⁵ Ebda. – Ob das letzte Wort über dieses »Genie der Polemik«, wie ihn ein Rezensent einmal genannt hat (zu Cornelißens Werk über Gerhard Ritter – Frankfurter Allgemeine, Nr. 282 vom 4.1.2001, S. L17), gesprochen ist, mag fraglich sein. Sein Auftreten auf dem Züricher Historikertag war zumindest mutig. Indes nannte ihn auch Percy Ernst Schramm, dem wir uns noch zuwenden werden, im Nachruf den bedeutendsten Historiker in Deutschland »und einen aufrechten Mann«.

⁶ Das Komma fehlt im Original. Ebda.

Der Umgang mit belasteten Historikerkollegen seitens der internationalen Community hinsichtlich des bevorstehenden internationalen Treffens in Paris erschien ihm in einem Schreiben an Gerhard Ritter kleinlich, was Percy Ernst Schramm anging, der dem Wehrmachtsführungsstab angehört hatte: »Ich finde ja eigentlich, dass, wenn man nach einem Krieg den ehemaligen Feind einladen will, auch seine Offiziere tolerieren müsste.«⁷

Nur: Dieser Offizier und Verfasser des Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht bekannte sich auch später freimütig zu seiner Tätigkeit in der militärischen Führung der deutschen Wehrmacht, ohne sich wirklich von deren Verbrechen distanziert zu haben.

Als jemand, der »unpersönlich wie ein ›Notar‹«, so seine eigenen Worte, die letzten Monate des Dritten Reiches, das »fortschreitende Verhängnis rein annalistisch« festgehalten hatte und für den nicht der Angriffskrieg im Osten und im Westen und auch nicht die industriell betriebene Vernichtung der Juden, sondern lediglich das Verheizen von Schülern und alten Männern sowie die letzten Zuckungen Nazideutschlands ein »gespenstischer Vorgang und doch Geschichte, das furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte« gewesen war⁸.

Wie im Großen, so im Kleinen.

In Wuppertal ist nach 1945 ein Historiker als »Nestor der bergischen Geschichtsforscher« bezeichnet worden, der schon vor dem 30. Januar 1933 seine Liebe zur NS-Ideologie und ab der »Machtergreifung« zum nationalsozialistischen Staat entdeckte, welcher ihn postwendend zum Landesleiter der Reichsschrifttumskammer berief.

Friedrich Kerst, so der Name, publizierte nach dem Krieg in der tonangebenden »Westdeutschen Zeitung« wie bereits zuvor, wurde 1950 zum Ehrenmitglied

⁷ Ebda.

⁸ Das ganze Zitat: »Einmal vom Schicksal bestimmt, von Anfang März 1943 an, als ›amtlich bestallter Registrator‹ der deutschen Niederlage zu fungieren und – unpersönlich wie ein ›Notar‹ – das fortschreitende Verhängnis rein annalistisch festzuhalten, habe ich mich an meine Stellung geklammert, um den Auftrag, der mir geworden war, bis zum Ende – wortwörtlich bis zum ›bitteren Ende‹, wie die abgenutzte, deshalb nicht mehr verstandene Wendung lautet – zu erfüllen. Was mich persönlich niederzog, zur Verzweiflung zu bringen drohte, hatte ich niederzukämpfen, um der Aufgabe zu entsprechen: zu registrieren, in Militärdeutsch zu verzeichnen, wie das Deutsche Reich, eben noch ein Schrecken für die ganze Welt, durch Offensiven aus Ost, West und Süd zum Zerrbild seiner vermessenen Präntentionen zusammenschumpfte und schließlich nur mit ein paar Häuserblocks um die Reichskanzlei identisch wurde – ein gespenstischer Vorgang und doch Geschichte, das furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte.« Siehe: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab). Bd. IV: 1. Januar 1944 - 22. Mai 1945 – Eingeleitet und erläutert von Percy Ernst Schramm. 1. Halbbd. IV/7, Herrschaft: Manfred Pawlak 1982, S. 6.

des Bergischen Geschichtsvereins ernannt und in eine Kommission des Kulturausschusses seiner Stadt berufen. Zu seinem bevorstehenden 87. Geburtstag ehrte man ihn mit einer Festveranstaltung im heutigen Von-der-Heydt-Museum⁹.

Die Universitäten gehörten nicht zum »Täterkreis«

Es hat in den ersten Jahren der Nachkriegszeit kaum eine ins Grundsätzliche gehende Selbstkritik an den Universitäten der westlichen Zonen hinsichtlich einer geistigen Mittäterschaft gegeben, »niemand unter den Rektoren war auf die Idee verfallen, die deutsche Universität dem institutionellen Täterkreis zuzuordnen«, resümiert Bernd-A. Rusinek in einer unveröffentlichten Untersuchung über die Reden von Rektoren der Jahre 1945 bis 1948. Der Düsseldorfer (Natur-) Wissenschaftshistoriker führt gleichwohl eine Reihe beeindruckender Zeugnisse an wie etwa des Münsteraner Rektors Georg Schreiber, eines dezidierten NS-Gegners, der seinen Zuhörern eindringlich nahebrachte, dass es für den Wiederaufbau »nicht bloß der Kohle und der zupackenden Hände, sondern der Neuausrichtung seelischer Energien und geistiger Formkräfte« bedürfe, oder des Mediziners Hermann Rein, Rektor in Göttingen, welcher der Wissenschaft die Aufgabe zuschrieb, den Grundstein für eine künftige friedliche Zusammenarbeit der Völker zu legen¹⁰.

Hermann Heimpel, um auf den geschliffen formulierenden Großmeister seines Fachs zurückzukommen, ließ, gegenüber Schramm auf Nachsicht plädierend, in einer Frage wenig Großzügigkeit walten. Keine Toleranz kannte der Mediävist und nachmalige Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der 1919/20 dem scharf antirepublikanischen Freikorps Epp angehört hatte¹¹, gegenüber Marxisten. Ritter schrieb er im August des Jahres 1949, mit der Tatsache, dass der Leipziger Historiker Walter Markov Mitglied des VHD sei und sicherlich nach Paris reisen werde, sei »im Grunde die gesamte Ostproblematik aufgerollt«. »Herr M.« werde »sich nicht nur eifrig zur Diskussion melden,

⁹ Uwe Eckardt, Friedrich Kerst (1870-1961) – »Nestor der bergischen Geschichtsforscher«?, in: Romerike Berge, 61 (2011) H. 3, S. 22-33. Dort auch Zitate und umfangreiche Nachweise. Die »Zeitschrift für das Bergische Land«, so der Untertitel, wird vom Bergischen Geschichtsverein herausgegeben.

¹⁰ Nachweise bei Rusinek.

¹¹ Zu seinem Lebenslauf siehe: Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt am Main: Büchergilde o. J. (in Lizenz von S. Fischer, dort 2003), S. 239

sondern, dessen bin ich gewiss, das Pferd der deutschen Einheit reiten«. Der Mediävist sah offenkundig die Stunde gekommen, in der es galt, im aufziehenden Ost-West-Konflikt Kampfpositionen einzunehmen.

Das »rote Tuch« Walter Markov

Heimpel fuhr dann fort, der Vorstand müsse sich »über die Taktik gegenüber Herrn M.« im Klaren werden: »Herr M. wird in den Vorstand drängen und diesen damit sprengen können, ich bin überzeugt, dass die Sache hochpolitisch wird. Im Großen erhebt sich einfach das Problem, ob ein Verband von Gelehrten sinnvoll ist, wenn ein Teil der Mitglieder nicht Herr seiner Entschlüsse ist bzw. gewisse Mitglieder an Aufträge gebunden sind«¹². Er bestritt mithin pauschal sämtlichen Kollegen, die sich gegenüber der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der späteren DDR loyal verhielten, eine »eigene« Meinung zu vertreten. Dabei war es gerade Walter Markov, der sich bereits 1947 öffentlich für pluralistische Strukturen der Geschichtswissenschaft *auch* im *Osten* Deutschlands stark gemacht hatte, auch wenn ihm dabei ein nachhaltiger Erfolg versagt blieb. In der Zeitschrift »Forum« schrieb er hoffnungsvoll: »Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen; es sei denn, dass er ihn vorsätzlich durch Inzucht ruinieren möchte. Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen.«¹³ Doch der von ihm so leidenschaftlich geforderte und als *conditio sine qua non* erachtete Dialog wurde immer schwieriger: Hüben und drüben »war der Verlust der Dialogfähigkeit gewünscht«¹⁴.

Markov hatte den 8. Mai 1945 im Zuchthaus Siegburg erlebt. Zur ersten Historikertagung im Nachkriegsberlin, auf der Anton Ackermann das Haupttre-

¹² Akten des VHD (Anm. 3), Ordner Korr. 1a/1949.

¹³ Der Beitrag trug den Titel: *Historia docet?* und erschien im »Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen«, wieder abgedruckt in: Walter Markov, Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen, Berlin/Weimar: Aufbau 1979, S. 15-20, hier S. 19.

¹⁴ Hans-Erich Volkmann, *Deutsche Historiker im Umgang mit Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg 1939-1945*, in: ders. (Hrsg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München/Zürich: Piper 1995, S. 904 f., zit. nach: Mario Keßler, *Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der früheren DDR*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2001 (= *Zeithistorische Studien*, 18), S. 35.

ferat hielt, reiste er als einziger Teilnehmer aus dem Westen an¹⁵. Kurz danach in die russische Zone gewechselt, ist er einem damals jungen Historiker wie Werner Bramke als jemand in Erinnerung, der »den Kopf hinhielt« und der für seine nonkonformistischen Anschauungen über den KPD-Politiker August Thalheimer, von dem eine bemerkenswerte Broschüre zum kommunistischen »Versagen« 1923 stammt¹⁶, eine »rüde Zurückweisung« durch das Institut für Marxismus-Leninismus, die führende geschichtswissenschaftliche Instanz für Fragen der Arbeiterbewegung in der DDR, einstecken musste¹⁷.

Fortschreitende Nachsicht gegenüber den Nationalsozialisten

Als die Debatten des Kalten Krieges begannen, drängten sich im Osten wie im Westen Historiker nach vorne und wirkten auch über Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen in die Öffentlichkeit hinein, wie es Günther R. Mittler in einer neueren Untersuchung beschrieben hat¹⁸. Im westlichen Deutschland ging dieser Prozess mit einer nachträglichen Exkulpierung für Historiker einher,

¹⁵ Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert, Köln: Volksblatt 1990 (= Kleine historische Bibliothek, 5), S. 141 f.

¹⁶ Thalheimer problematisierte die Tatsache, dass mit der Spaltung der Arbeiterpartei SPD zwei strategisch-taktische Ausrichtungen existierten und dass es sich, auf die KPD fokussiert, »um die praktische Lösung der Frage handelt: wie kann man gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft erzielen trotz grundsätzlicher Gegensätze?«. Siehe: A. Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? – Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin: Junius 1931, S. 8.

¹⁷ Werner Bramke, Freiräume und Grenzen eines Historikers im DDR-System. Reflexionen sechs Jahre danach, in: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Historiker in der DDR, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997 (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1580), S. 28-44, hier S. 40. – In der renommierten Reihe »Rheinische Lebensbilder« wird er zu den drei Historikern aus der DDR gezählt, die im Westen breit Anerkennung fanden (neben Ernst Engelberg und Fritz Klein). Vgl. Ralf Forsbach, Walter Markov (1909-1993). NS-Widerstandskämpfer und Historiker, in: Elsbeth Andre/Helmut Rönz (Hrsg.), Rheinische Lebensbilder, Düsseldorf: Droste 2013 (= Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde/Rheinische Lebensbilder, 19), S. 309-329, vor allem S. 327.

¹⁸ »So verstärkte nicht zuletzt die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten die Bemühungen der jeweiligen Geschichtswissenschaft um Rechtfertigung und Weitergabe bestimmter staatlich sanktionierter Geschichtsbilder. [...] Allerdings verstärkten erst die Jahre nach 1945 die Tendenz der Geschichtswissenschaft, meinungsbildend in eine breitere Öffentlichkeit zu treten. Während die Stimmen der deutschen Historiker zuvor fast ausschließlich über das Medium ihrer historiographischen Werke verbreitet wurden, drängten die Repräsentanten der Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in wachsendem Maße auf die populären Felder der Meinungsveröffentlichung.« Siehe: Günther R. Mittler, Geschichte im Schatten der Mauer. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche Frage 1961-1989, Paderborn/München/

die sich mit dem NS-Regime mehr als gemein gemacht hatten. Peter Schöttler: »Im Kalten Krieg, als Westen und Abendland identisch wurden, fragte niemand mehr, was der eine oder andere vor 1945 gemacht hatte.« Da auch außerhalb der Universitäten, etwa in Kultusbürokratien oder Verlagen (Schöttler nennt Kohlhammer und Vandenhoeck & Ruprecht sowie, neu hinzukommend, die Wissenschaftliche Buchgesellschaft des NS-Historikers Ernst Anrich), Mitläufer wirkten, »konnte sich schnell ein Konsens herausbilden, der jede kritische Aufarbeitung der jüngsten Fachgeschichte tabuisierte«¹⁹. Toleranz hoch zwei: Ein Ausschluss von ausgewiesenen »NS- oder SS-Historikern« aus dem VHD war zu keiner Zeit ein Thema²⁰.

Denn die Zeichen standen auf Sturm. 1947 reiste die damals 39-jährige Simone de Beauvoir in die USA. Der Fatalismus, mit der ihre Gesprächspartner einen neuen Weltkrieg – der letzte war noch keine zwei Jahre beendet – erwarteten, schockierte sie. »[...] gewiss, der Krieg ist etwas Abscheuliches, aber wenn wir nicht heute beginnen, wer gibt uns die Garantie, dass Russland ihn nicht beginnen wird, sobald es stärker geworden ist?«²¹, hörte sie oft. Selbst diejenigen, die einen neuen Waffengang zutiefst verabscheuten, sähen ihn als unvermeidlich an. Gegenwehr: zwecklos, der öffentliche Druck: zu gewaltig. »Sehen Sie«, sagt P., »mein Freund D. muss in das Geschäft seines Vaters eintreten. Und auch ich werde im Geschäftsleben vorankommen müssen. Sie wissen, dass im Augenblick der *rote Terror* herrscht; wenn wir *linke* Meinungen vertreten, wird man sagen, wir seien *Rote*, und das kompromittiert unsere ganze Zukunft.«²²

Wien/Zürich: Schöningh 2012 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), S. 11. – Die der Veröffentlichung zugrunde liegende Dissertation bei Edgar Wolfrum 2009.

¹⁹ Peter Schöttler, *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*. Einleitende Bemerkungen, in: ders. (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1333), S. 7-30, hier S. 12.

²⁰ »Ein Ausschluss von NS- oder SS-Historikern aus dem *Verband der Historiker Deutschlands* stand offenbar nie zur Diskussion. Die als pressure group der Ehemaligen gegründete *Ranke-Gesellschaft* galt keineswegs als unseriös. Wer in ihren Buchreihen oder Zeitschriften, etwa dem *Historisch-Politischen Buch*, publizierte, ging keinerlei Risiko ein. Früher oder später bekam fast jeder NS-Ordinarius nicht nur seine Pension, sondern auch seine Festschrift.« Ebda.

²¹ Eintrag vom 26. April 1947. Siehe: Simone de Beauvoir, *Amerika*. Tag und Nacht. Tagebuch 1947, Reinbek: Rowohlt 1952 (= rororo, 12206), S. 298.

²² Ebda. S. 342 f. Die kursiv gesetzten Wörter sind im Original normal gesetzt, jedoch in einer Anführung in der Anführung. Eine kluge Beobachterin wie Margret Boveri, die um eine gewisse Äquidistanz zu den Großmächten des Kalten Krieges bemüht war, berichtete: »In jenen Jahren der sich jagenden internationalen Zwischenfälle waren ja viele Europäer und gerade auch viele Schweizer der Überzeugung, dass der Dritte Weltkrieg unmittelbar bevorstehe.« Siehe: Margret

Entscheidend für die Haltung der US-amerikanischen Regierung unter Truman scheint »das Überlegenheitsgefühl gewesen zu sein, das der zunächst ja alleinige Besitz der Atomwaffen den amerikanischen Politikern gegenüber den durch den Krieg ohnehin stark geschwächten Russen gab«²³. Dabei übersah man, »dass diese Atomwaffen Überlegenheit nur bei einem großen Konflikt auf Leben und Tod gewähren konnten«: »Unter diesen Umständen hätte man bei jedem ernsthaften Konflikt gleich zum letzten und schrecklichsten Mittel greifen müssen. Daraus erklärt sich bis zu einem gewissen Grad das Schwanken zwischen ängstlicher Nachgiebigkeit und ziemlich massiver Härte« in den ersten Nachkriegsjahren²⁴.

Die USA waren ausgangs des Zweiten Weltkrieges militärisch und politisch die unangefochtene Nummer Eins. Die »traditionelle Geschichtsschreibung«, wonach die USA eine expansive Sowjetunion hätten »eindämmen« müssen, führt, schreibt Christian Nünlist, in die Irre. »1945 standen sich die USA und die Sowjetunion nicht als ebenbürtige Rivalen gegenüber. Die Welt war 1945 nicht bipolar, sondern unipolar. Der Weg in den Kalten Krieg kann am besten als amerikanischer Versuch verstanden werden, die globale Hegemonie von 1945 zu bewahren.«²⁵ Nicht unbedingt im Widerspruch steht hierzu, dass sich die Amerikaner von einem, wie sie es wahrnahmen, expandierenden oder zumindest expansionswütigen Kommunismus bedroht fühlten, den sie mit einer umfangreichen Marshallplanhilfe zu begleiten wussten, die ihrerseits für die Anfangsjahre der Bundesrepublik von großer – man könnte sagen: ausschlaggebender – Bedeutung war.

Boveri, Der Verrat im XX. Jahrhundert. II: Das unsichtbare Geschehen, Hamburg: Rowohlt 1956 (= rowohlts deutsche enzyklopädie, 24), S. 119.

²³ Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1969 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 7), S. 237.

²⁴ Ebda.

²⁵ Christian Nünlist, Wir und sie: Die Welt spaltet sich in zwei Lager. Blockbildung und das Bündnis der Blockfreien, in: Uta Andrea Balbier u. a., Der Kalte Krieg, Darmstadt: WGB 2010, S. 13-24, hier S. 14 f. – Der Schweizer Historiker schreibt auf S. 13 in einem gewissen Widerspruch zu der hier zitierten Darstellung, der Kalte Krieg sei »keineswegs zwangsläufig« und »auch aufgrund tragischer Missverständnisse« entstanden: »Der Westen fürchtete den Vormarsch der Roten Armee bis an den Atlantik – was Sowjetführer Josef Stalin weder wollte noch konnte; die Sowjetunion war nach dem Krieg viel zu schwach. Stalin seinerseits glaubte, dass die USA die Weltherrschaft anstrebten.« Eine gewisse Einseitigkeit der Auffassung kann man auch darin erblicken, dass das Cover des Buchs eine Militärparade ... auf dem Roten Platz 1987 zeigt.